Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

7. Legislaturperiode. 1. Session.

28. Sitzung vom 12. Mai.

Am Tische des Bundesraths: Minister des Innern v. Puttkamer, Staatssekretäre v. Boetticher und Dr Jacobi, Geh. Legations-Räthe Humbert und Dr Kraul, Geh. Reg.-Räthe Lohmann und v. Woedke.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Der zweite Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für 1887/88, in welchem zum Umbau des Gebäudes der deutschen Botschaft in Paris 111,800 M. gefordert werden, wird nach dem Antrage der Budget-Kommission ohne Debatte in zweiter Lesung genehmigt.

Zur ersten Berathung steht die Novelle zur Gewerbeordnung, welche es den Verwaltungs-Behörden anheimgiebt, selbständige Handwerker, welche den Innungen fernbleiben, sowie deren Gesellen zu den Kosten

1. der von der Innung für das Herbergswesen und den Nachweis für Gesellenarbeit getroffenen Einrichtungen;
2. der Einrichtungen zur Förderung der gewerblichen und technischen Ausbildung der Meister, Gesellen und Lehrlinge und
3. des von der Innung errichteten Schiedsgerichts

zwangsweise heranzuziehen.

Abg. Metzner-Neisse (Centr.): Als in der Thronrede eine Novelle, wie die vorliegende, angekündigt wurde, hatte man gehofft, daß endlich dem Handwerkerstande die nöthigen korporativen Rechte gegeben werden würden, um einerseits dem gewerblichen Großkapital zu widerstehen und andererseits die ihm in den Innungen obliegenden Pflichten zu erfüllen. Eine größere Enttäuschung wie diese Vorlage konnte man dem Handwerkerstande nicht bereiten. Motive und Gesetz stehen in direktem Widerspruch; die in ersterem gestellten Erwartungen können durch das letztere nicht erfüllt werden. Die Fassung der Paragraphen ist unbestimmt und nichtssagend. Wenn zugegeben wird, daß den Innungen die nöthige Anziehungskraft nicht inne wohnt, wenn man zugiebt, daß den Innungen die Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben fehlen, so nimmt es Wunder, daß alles in das Gutdünken der höheren Verwaltungsbehörde gestellt ist. Wenn man in der Innung erst große Opfer gebracht hat und dann auf Opposition der Nichtinnungsmitglieder oder auf Mißwollen der Verwaltungsbehörde stößt, so sind alle Opfer umsonst, die Innung kann unter Umständen dadurch ruinirt sein. Eine solche Fülle von diskretionärer Gewalt bei der Behörde ist geeignet, eine Unsicherheit auf rechtlichem Gebiete, ja eine Rechtlosigkeit herbeizuführen. Was in Ausführungsbestimmungen festgelegt werden soll, läßt sich doch auch gesetzlich feststellen. Von Selbstverwaltung der Innung ist wenig die Rede, die Ausführungsbestimmungen fördern die Großindustrie. Wir fordern bestimmte Normen, wem die Rechte gegeben und wem sie genommen werden können. Solche gesetzliche Förderung hilft dem Handelsstande nicht, die Zeit ist zu ernst, zum Experimente zu machen. Entweder man will einen Mittelstand, dann ergreife man energische und positive Maßregeln, oder man will keinen, dann fahre man mit solcher Gesetzgebung fort. Trotz meiner gegnerischen Ausführungen lasse ich die Hoffnung nicht schwinden, daß doch wenigstens etwas für den Handwerkerstand in der Kommissionsberathung herauskommen werde. Unser oceterum censeo ist: „Die Gewerbefreiheit muß fallen!" Ich beantrage die Verweisung der Vorlage an die Gewerbekommission, der bereits gleichartige Gesetze vorliegen.

Abg. Dr Baumbach (dtr.): Auch mir scheinen die Motive dem Gesetze zu widersprechen, denn wenn man liest, daß von den 9185 Innungen erst 2891 sich reorganisirt haben, so kann ich nicht erkennen, daß ein großes Streben nach Reorganisation vorhanden ist. Zudem sind die meisten der Innungen nicht aus der Initiative der Handwerker, sondern auf Anregung der Regierungen entstanden. Jetzt will man die Nichtinnungsmeister in die Innungen hineinzwängen. In die Innungsschulen werden doch nur Lehrlinge geschickt werden, die bei Innungsmeistern lernen. Ich kann nur nicht denken, daß die Innungsbehörden so engherzig sein werden, daß sie nicht auch einmal einen andern Lehrling aufnehmen. Alle die Einrichtungen, die man trifft, um das Handwerk zu fördern, richten sich gegen dasselbe, und zwar gegen dasselbe allein, nicht gegen die Fabriken, und auch in diesem Gesetz ist der Unterschied zwischen Handwerk und Fabrik streng festgehalten. Giebt man zu, daß das Handwerk durch die Großindustrie geschädigt ist, so wird man ihm durch solche Gesetze nicht helfen. In der Volkswirthschaftlichen Gesellschaft hat Herr Lessing, der Direktor des Kunstgewerbemuseums, jüngst ausgeführt, wie gegenwärtig die Maschinenindustrie bestrebt ist, kleine Arbeitsmaschinen für die Werkstätten der Handwerker zu konstruiren und so dem Handwerker möglich zu machen, die maschinelle Kraft mit seiner persönlichen Fertigkeit zu vereinigen. Herr Lessing führte aus, daß gerade die Massenproduktion Raum geschaffen hat für die Einzelleistung, aber daß sie auch die Ansprüche an die Einzelleistung und damit an das Handwerk gesteigert hat. Er führt, nachdem er auf zahlreiche Handwerksbetriebe, so namentlich auch auf die Eisenbearbeitung, Zimmermalerei, Weberei ꝛc. hingewiesen hat, aus, daß die Strömungen, welche infolge des maschinellen Betriebes der Neuzeit so störend auf den künstlerischen Handwerksbetrieb einwirkten, bereits zum größten Theil überwunden sind und daß das Handwerk in der Zukunft, wenn auch in anderer Form als früher, blühen und gedeihen wird. Das Vaterland der zünftlerischen Bestrebungen ist doch wohl nicht die Heimath des Vorredners, Oberschlesien, sondern Sachsen, die Heimath des Herrn Ackermann. Daß in Sachsen solche Vorliebe für zünftlerisches Wesen herrscht, läßt sich daraus erklären, daß man dort erst ziemlich spät sich von dem zünftlerischen Wesen getrennt hat und nun auch wieder in der Rückkehr zu demselben das einzige Heil sieht. Redner weist nun auf zahlreiche Auswüchse des Zunftwesens aus früherer starrer Zunftzeit hin, wo eine Thätigkeit, die jetzt von einem einzigen Handwerker ausgeübt wird, unter drei bis vier verschiedene Zünfte vertheilt wurde, wo ein Mann, der einen Knopf verloren hatte, (Rufe rechts: Alte Geschichte!) wegen Umnähens desselben brei bis vier Zünfte, wegen der Nadel, wegen des Zwirns, wegen des Knopfes und wegen des Umnähens in Bewegung setzen mußte, wo die lächerlichsten und lästigsten Beschränkungen an der Tagesordnung waren und wo zuletzt eine richtige Grenze gar nicht zu erkennen war. Auch jetzt noch treiben die zünftlerischen Bestrebungen schon wieder die merkwürdigsten Blüthen, so haben wir ja neulich sogar von dem Plan der Gründung einer Kartoffelhändlerinnung gehört. Nachdem diese alten überlebten Institutionen, die sich namentlich in Sachsen und Preußen am längsten erhalten hatten, wiederholt schon vom Geist der Neuzeit hinweggeweht worden waren, sollen sie nun im Wege der Gesetzgebung zu einem künstlichen Dasein erweckt werden. Wir sind gegen die Vorlage, weil sie ein neuer Schritt auf dem Wege für Zwangsinnung ist.

Bundesraths-Bevollmächtigter Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann: Wenn der erste Herr Redner so scharf gegen den Entwurf vorgegangen ist, so muß das jeden, der mit den Strömungen in den Handwerker-Parteien bekannt ist, befremden. Die verbündeten Regierungen können sich nicht auf den Standpunkt dieses Herrn stellen, nur insofern, als die Innungsinteressen auch allgemeine Interessen sind, können dieselben Förderung seitens der Regierungen erfahren. Der erste Herr Redner befindet sich auch mit seinen Ausführungen über den Gegensatz zwischen dem Gesetz und besseren Begründung, sowie mit seiner Behauptung, daß die Handwerker den bisherigen gesetzlichen Ausführungs-Bestimmungen antipathisch gegenüberstehen, im Irrthum. Möge er sich bei den Berlinern deswegen erkundigen und er wird meine Ansicht bekräftigt finden. Der betr. Hr. Redner beklagt sich sodann über das der Regierung vorbehaltene Maß der Machtvollkommenheit bei der Entscheidung in Innungsangelegenheiten und darüber, daß unter solchen Umständen die Bestrebungen von Handwerkern behufs Errichtung einer Innung durch das Ermessen illusorisch gemacht werden könnten, daß alle kostspieligen vorher gemachten Aufwendungen verloren gehen und die Handwerker sich solchergestalt an ihren berechtigten Bestrebungen geradezu verbluten könnten. Zunächst muß ich da dem Hrn. Redner erwidern, daß die Handwerker, wenn sie eine Innung gründen wollen, gar keine kostspieligen Aufwendungen zu machen brauchen, daß sie eben nur den Plan einzureichen haben und sich, falls das Gesuch berechtigt ist, der Berücksichtigung versichert halten können. Die Behörde darf nicht aus einem Standpunkt rechnen, sondern muß die allgemeinen Verhältnisse in Betracht ziehen und namentlich ernstlich prüfen, ob auch andere außerhalb der Innung stehende Handwerker zu den Lasten der letzteren heranzuziehen sind. Nach alledem können die verbündeten Regierungen den Standpunkt des ersten Hrn. Redners nicht als den ihrigen anerkennen. Der Abg. Baumbach hat die mangelhafte Entwickelung der Innungen ausgeführt, ich bin jetzt in der Lage, die Anzahl der Innungen am Schlusse des Jahres 1886 anzugeben, dieselben sind doch wesentlich höher als im Jahre vorher. Während wir in Preußen 813 neue Innungen und 2373 neuorganisirte hatten, waren am 1. Dez. 1886 1305 neue und 4271 reorganisirte Innungen vorhanden. Die Zahl der nicht reorganisirten Innungen ist von 3330 auf 1920 herabgegangen. — Nachdem die Reorganisation einen so günstigen Verlauf genommen hat, hat der Hr. Minister des Innern Maßregeln getroffen, auf diesem Wege die Innungen noch weiter zu fördern. Hrn. Baumbach kann ich nicht zugeben, daß die Leistungen der Innungen so minimal sind, wenn sie aber klein sind, so ist das eben der Hauptgrund für dieses Gesetz. Augenblicklich scheuen die sich schwach fühlenden Innungen häufig noch, den Innungs-Mitgliedern große Kosten für Neu-Einrichtungen aufzuerlegen. Wenn es aber gelingt, auch die außenstehenden Handwerker zu den Lasten heranzuziehen, so wird man diese Scheu ablegen. Auf die weiteren Einzelheiten werde ich in der Kommission antworten.

Abg. v. Kleist-Retzow (dkons.): Die Innungen sollten für dieses Gesetz dankbar sein, es ist ein weiterer Schritt zur Stärkung der Innungen. Wir ziehen den Dank vor. Sie (zum Abg. Metzner) stellten die Bedenken in erste Linie. Wenn Herr Baumbach den Innungen nichts zuwenden will, so kann er sich nicht wundern, daß sie mißmuthig und neidisch sind, sie können ja nicht blühen, wenn man sie nicht aufkommen läßt. Die Lessing'schen Ausführungen sind das Beste, was Sie für unsere Ansicht anführen können. Sie (zur Linken) haben doch den Handwerkerstand längst aufgegeben. (Widerspruch links.) Lessing aber erkennt an, daß noch existenzfähige Kräfte darin sind. Herr Baumbach hat sich die Ansichten zu eigen gemacht, welche der Fabrikant und Exporteur Siegmund Meyer aus Wien jüngst in einer Brochüre niedergelegt hat. Objektiv und unparteiisch sind dessen Ausführungen doch nicht. Das Resultat der Gewerbefreiheit ist gewesen, daß der Stärkere den Schwächeren zu erdrücken suchte. Gott sei Dank sind wir jetzt auf dem Rückwege, wir wollen eine Brücke schlagen zwischen Kapitalismus und Armuth. Wir haben jüngst eine Zwangsgenossenschaft bei den Großindustriellen, den Bergwerksbesitzern, zugelassen, warum will man dasselbe dem Handwerk nicht zugestehen. Wir werden zu Zwangsinnungen kommen, wenn wir die Invaliden- und Altersversorgung einführen, dann werden wir ihnen auch die Krankenversicherung überlassen müssen. Augenblicklich aber wollen wir noch gar keine Zwangsinnungen. Jetzt haben nur die außerhalb der Innung Stehenden Privilegien, das ist unbillig, ein wahrer Widersinn, wenn die Ausnützung der Innungsinstitute und ihrer Wohlthaten ohne Kosten ermöglicht wird. Der Reichspartei bin ich von Herzen dankbar, daß sie uns mit ihren auf die Gewerbeordnung bezüglichen Anträgen soweit entgegengekommen ist, nun werden die Anträge durchgehen. Allerdings wünsche auch ich, daß der Selbstverwaltung in den Innungen ein weiterer Spielraum gewährt wird, denn gerade die Innungen selbst können ihre Wohlfahrtseinrichtungen am besten verwalten. Wenn ich also gefragt werden sollte, wem ich die Entscheidung über die Verleihung von Rechten in die Hand geben will, so sage ich ohne Zaudern: den Innungen und nicht den Verwaltungsbehörden. Ich bin dafür, daß wir einmal den Versuch machen, den Innungen selbst die Entscheidung zu belassen, und Normativbestimmungen aufstellen. Redner hält die Handwerker selbst für die geeignetste Instanz zur Beurtheilung der Frage, ob eine Innung Existenzberechtigung hat, und schließt, indem er bei einer Anzahl untergeordneterer Fragen eine genauere Fassung des Entwurfs wünscht, mit der Ausführung, daß die Vorlage den berechtigten Bestrebungen der Handwerker Rechnung trage, woran er die Bitte knüpft, daß der Reichstag dem Gesetz, das zum Segen des Handwerks gereichen und gegen die Sozialdemokratie ein dauerhaftes Bollwerk bilden werde, mit Wohlwollen entgegenkommen möge. (Beifall rechts.)

Bevollmächtigter zum Bundesrath, Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann: Wenn der Herr Vorredner der Ansicht ist, daß die Handwerker am besten beurtheilen können, ob eine Innung berechtigt ist, so mag das richtig sein, aber ich möchte ihm entgegenhalten, daß die Gesuche um Errichtung thatsächlich nie von dem gesammten betreffenden Handwerk einer Stadt, sondern doch stets nur von einem Theil desselben gestellt werden. Von einer bestimmten Anzahl entscheidet sich oft nur ein ganz kleiner Bruchtheil für die Innung, und wenn auch die Majorität dafür ist, so wird doch innerhalb dieser Majorität wieder über die weiteren Modalitäten abgestimmt, so daß schließlich der fertige Plan nur durch einen oft nur sehr geringen Theil der Mitglieder eines Handwerksbetriebes der Genehmigung der Behörden unterbreitet wird. Unter solchen Umständen muß die Behörde auch die entgegenstehenden Interessen ernstlich berücksichtigen, und namentlich auch prüfen, ob sich die Innung auf dem Gebiete des Lehrlingswesens derart bewährt hat, daß ihr die Genehmigung ertheilt werden kann. Diese Prüfungen sind oft sehr schwierig und erfordern viel Zeit, zumal da, wo die Innung erst so kurze Zeit besteht, daß sich die Behörde nach der beregten Richtung hin noch keine Gewißheit verschaffen konnte. Die Behörden sind indeß den Bestrebungen der Innungen stets mit dem größten Wohlwollen entgegengekommen, und thatsächlich sind bis jetzt gegen ihre Entscheidungen noch keine Beschwerden eingegangen. Die Ausführungen des Herrn Vorredners haben sonach keine Gründe gegen das Gesetz zutage gefördert.

Abg. Krücker-Breslau (Soz.): Ich kann in der Vorlage nichts finden, was die Leiden der Arbeiter lindern könnte. Herr Metzner will die Zwangsinnungen direkt einführen, Herr v. Kleist-Retzow will dasselbe, wenn auch indirekt. Die Abgabe, die von Nichtinnungsmitgliedern gefordert wird, ist nichts als eine Innungssteuer. Die Gesellen, die Arbeit suchen und schon auf der Herberge sowieso bezahlen müssen, wenn sie Arbeit erhalten, sollen nun auch noch an die Innung bezahlen? Die Innungseinrichtungen, namentlich die Fachschulen, werden zum Theil von der Regierung erhalten, zu diesen Ausgaben muß jeder Arbeiter schon als Staatsbürger eintreten und nun soll er noch einen besonderen Beitrag an eine besondere Gesellschaftsklasse zahlen? Wie will man es

---

[4]

Der Leonhardsritt.

Lebensbild aus dem baierischen Hochlande

von Maximilian Schmidt.

(Fortsetzung.)

„Aba denks dengerst no'," versetzte Peterl, „wies d' beim Posthalter von Schliers Roßhirt warst. Oft hon i di rumsauj'n sehgn aaf der Woad, wie 'n leibhaftign Teufl, und 's Roß einfanga hast kinna, daß 's a Freud war, Dir zuaz'schaugn.

„Ja, ja," erwiderte Lindl, „dös warn aa die schönsten Jahr in mein Lebn, so lang i bei mein Firmgöd, der Fischerlisl ihren Mo', g'wen bin.

„Was, dös war Dei' Firmgöd?" fragte Peterl; „da san ma ja nacha schier verwandt, denn d' Fischerlisl is meiner Schwester, 'n Mirdei, ihra Godl. Ja, sag mir nur, wie bist denn Du zu a so an ang'sehna Göd kemma?"

„Dos sollst hörn," entgegnete Lindl. „Wie sie nämli koaner g'fundn hat, der bei der Firmung mein Göd hätt machn wolln, weil si a jeder g'schaamt hat mit 'n verachtn fürnberger Buam, und i woanet eini bin bis aaf Miesbach, wo der Bischof g'wen is, da is der Wirth von Schliers mit seiner Frau, der Fischerlisl, daher g'fahrn kemma, und wie's mi so bitterli habn woana sehgn, habn's ang'halten und g'fragt, was mir faahlt; da hon i eana mein Schmerz dazählt. Steig' nur glei aaffa aaf's Wagl, hat d' Lisl g'sagt, mei Mo' macht Dein Firmgöbn, Buawel, hör nur 's Woana aaf — der heuti Tag soll aa für Di a Freudentag sei'. Und i bin aafg'stiegn und mit eana aaf Miesbach g'fahrn. Da habns mi nagelneu g'wandt und nacha in d' Kircha zur Firmung bracht. I hon nit g'wißt, wie mir g'schicht; es war der ers' freudi Tag in mein Lebn. D' Fischerlisl und mei' Göd habn ma nacha viele Guatthatn erwiesen, sie habn mi später als Roßhirten g'nomma und da hon i mei' Freud zu die Roß kriegt. Der Göd is g'storbn und d' Fischerlisl hat übergebn und is aaf d' Insel am Freudenberg ummiganga. Da bin i diermal zum Scheibnschießn hinkemma, aba die Bauernburschen habn sie g'ärgert, daß i eana d' Preis wegg'schossn hon und habn 's Sticheln ang'fangt aaf mei' Herkunft — i hon 's nit g'littn, a so is's halt regelmäßi zum Raaffa kemma, und da hat mir a mal d' Lisl in Zorn g'sagt, i soll mi nimmer sehgn lassn, wenn i kimm, ist der Unfriedn da, sie aba will 'n Friedn habn und a Freud, drum is's aaf 'n Freudenberg. Von derselln Zeit an hat mi aaf der Insel neamed mehr g'sehgn. Mi aba habn d' Leut trutzi g'macht, i hons veracht und verachts no' — allz'samm, aa di, Peterl. Du woaßt nit, was 's hoaßt, neamadn g' habn, der oan gern hat, nit a mal a Muatta, der si 's Herz brochn habn."

„Du thuast ma load," sagte Peterl theilnahmsvoll. „I thaat Dir gern heifa, Lindl —"

„Aba Du magst nit," fiel Lindl ein. „I woaß 's ja! Ohne Geld kann i nimmer ummi zur Handelschaft. Dös Bisl Kredit, was i Anno 66 g'habt hon, dös habns mir g'numma, weils vom G'richt überall hing'schrieben habn, ob's wahr is, daß i die taufend Gulden für 'n Einstand vodeant und nit g'stohln hon. So gelt i drenten aa für an Lumpen und erst g'nachst habn's mi über d' Grenz g'schubt, weil i koa Geld in der Taschn g'habt hon, wie r an Vagabunden!" Und wieder machte sich ein Schwall von Flüchen Luft. „Nur mit Geld kann i wieder ummi," fuhr er fort, „nur wer a Geld in der Taschn hat, is g'acht. Peterl, geb zua, leih mir fünfhundert Gulden, nocha krieg i a Vermögn, und wenn i dös hon, kaaf i mir a Anwesen und fang a Pferdszucht an, dös waar mei' Freud — und über's Jahr zum Leonhardifest reit der Kürnberger Lindl aa mit, aaf jein oagna Roß, verstanden, so wahr i iätz dasteh!"

Peterl fühlte sich unwillkürlich zu dem so Sprechenden hingezogen, aber er hatte wenig Vertrauen in dessen Pläne. In Geldsachen hatte er ganz die Grundsätze seines Vaters, daß Borgen Feinde macht. Aber so ganz konnte er Lindl's Ansuchen nicht abschlagen.

„Woaßt was, Lindl," sagte er, „i leih Dir, was i hon. Du kannst Dir wohl denkn, daß i über's Geld von mein Vodan nit Herr bin; aba über mei' Z'samm'sparts bin i Herr. Wenn Dir mit fufz'g Gulden deant is, die kannst von mir habn."

„Fufz'g Gulden!" rief höhnisch lachend Lindl. „Moanst, i geh aaf's Goasbockhandeln? B'halts nur; Du bist aa nit anders, als wie r die Andern; denkst scho', i kannt Dir's nimmer gebn. No freili, drüber ging der Leitzachhof z' Grund!"

„Woaßt was, Lindl, i schau, daß i hundert z'samm bring; i vertraus Dir an. Du kannst es morgn habn — i geh mit 'n Mirdei aaf Birkastoa, durt laß Di treffa."

„Is recht!" antwortete Lindl. „I gib Dir Was dagegn, was Dir a G'lück bringt."

„Dennast koa Graalal vom Tatzelwurm?"

„Na, über die Dummheit is's Gras g'wachsn. Aba i gib Dir Was, daß Di d' Deandln gern habn müaßn, wennst aa r no' so dalket warst. Du bist aba gar nit so dumm, wie Di d' Leut macha. Dir geht's, wie mir; i muaß alleweil der Loder, Du alleweil der Dalk sein, und am End san ma alle zwoa besser und g'scheider, wie alle andern."

„Dös war g'scheidt g'redt," sagte Peterl zutraulich. „Ja, was die Dirndln anlangt, so wünschet i mir Oane, die grad a so ausschauget, wie 's Lisei obn aaf unserer Hochalm."

„So, so? Derntwegen bringst ihr wohl den schöna Buschn mit? No, wenn dös der Franzl wisset! Nacha guate Nacht!"

„Wo denkst hin!" fiel Peterl ein. „I sag ja nur, a so sollts ausschaugn. B'hüt mi Gott, daß i 'n Franzl in's Gai gaang — na, na — i werd dengerst koa so arm's Deandl — a Dirn — a — no freili, s Lisei hon i von Jugend aaf gern g'habt; wir san ja wia G'schwister z'samm gwen, sie und der Lenzl und mei' Mirdei und i."

„No, i moan 's Mirdei, dei' Schwester, is 'n Lenzl no alleweil recht zuathan und er is aa blos a Senn, an arma Bua," sagte Lindl. „Sein gang' Vermögen b'steht in fünfhundert Gulden, um die er für Di eing'standn is, daß er sie iätz kann für Di todtschießn lassn. I ho 'n Franzl do' wenigstens tausend Gulden gebn, i, der arm', veracht' Loder."

„Du moanst, mei' Mirdei is heunt derntwegen so rabiat, weil der Lenzl furt muaß? Und 'n Nagerstock hats nit z'wegn der Glockenkuah a so z'samm'schnidn, sondern z'wegn 'n Lenzl? Aba da hatt' i do' aa was davon mirka müaßn; 's Mirdei heirat' ja 'n Aurracher Nagi."

„Geh weiter — den heirats nit!" lachte Lindl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870514020/fragment/page=0001

mit den kleinen Städten und dem Lande machen? Sollen die dort wohnenden Handwerker, die doch keine Fachschulen erhalten, auch dazu bezahlen? Und warum will man denn die Handwerker in den Fabriken nicht zu den Beiträgen heranziehen? Sie werden dadurch immer mehr Gesellen in die Fabriken treiben, zudem arbeiten viele Meister fast nur mit Lehrlingen, die Zahl der Beitragzahlenden wird also immer kleiner und der Beitrag schließlich für die wenigen Gesellen nicht mehr zu erschwingen sein. Von Kunsthandwerk und erhöhtem Genuß kann bei dem Elend der Arbeiter überhaupt keine Rede sein, bei einer Produktionsweise, wie wir sie treiben, werden Sie niemals das Handwerk fördern können, Sie werden Großmeister unter den Handwerkern erziehen. Der Große frißt den Kleinen hier wie in der Großindustrie. Die Innungen müßten sich zusammenthun, die Rohstoffe zusammen einkaufen und die Arbeit unter sich vertheilen. Nur von Staats wegen geförderte Genossenschaften können helfen. Durch solche Gesetze aber, wie die vorliegenden, werden Sie die Unzufriedenheit fördern und die Arbeiter uns zuführen; nun, wir können ja damit zufrieden sein.

Abg. Nobbe (Reichsp.): Ich freue mich, daß diese Vorlage eingebracht ist, die eine alte Forderung unserer Partei erfüllt. Auch ich meine, daß wir das Handwerk nur heben können durch Stärkung der korporativen Verbände, und dadurch, daß wir den Eintritt in die Innungen erstrebenswerther machen. Die Angriffe, die Abg. Baumbach gegen die Vorlage gerichtet hat, sind ganz verfehlt. Sie richten sich gegen die veralteten Zwangsinnungen, während die Vorlage auf dem Boden der freiwilligen Innungen steht und nicht Zwangsinnungen, sondern neue lebenskräftige Bildungen hervorrufen will.

Abg. Dr Miquél giebt der Ansicht Ausdruck, daß der Reichstag im großen und ganzen mit der Tendenz der Regierungsvorlage einverstanden sei. Die Bestrebungen der Handwerker, sich als Korporationen begründen zu können, finden ihre Begründung schon in den früheren freiwilligen Verbänden, die auf dem Prinzip der Selbsthilfe beruhten und sich ihrer Zeit auch der regsten Förderung der Regierung zu erfreuen hatten. Ich betrachte die gegenwärtigen Bestrebungen nur als berechtigte Ergänzungen der früheren Einrichtungen. Redner wendet sich nun gegen die Ansicht, daß die Verwaltungsbehörden den Bestrebungen auf Errichtung von Innungen bisher allzu mißgünstig entgegen gestanden hätten. Es sei vielmehr das Gegentheil davon der Fall gewesen. Wenn er und seine Partei aber auch der Regierungsvorlage sympathisch gegenüber stände, so habe er doch in Bezug auf dieselbe noch gewisse Reformen hervorzuheben, die ebensowohl allgemeiner, wie spezieller Natur seien. Wenn die Vorlage nur bezwecken wolle, die reine Zunft und Zwangs-Innung herzustellen, so müsse er sie ablehnen, wenn aber neben ihr auch die Gewerbefreiheit aufrecht erhalten werden solle, so werde er sie annehmen. Er wünsche nicht, daß das Handwerk mit immer mehr verstärkten Forderungen hervortrete, in deren Hintergrunde die alte vergangene Zunftherrlichkeit steht, er wünsche nicht, daß bei den Handwerkern die Illusion genährt werde, daß es ihnen schließlich doch noch gelingen werde, die Gewerbefreiheit zu vernichten. Die Gewerbe-Ordnung, welche Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleiche Rechte gewähre, dürfe nicht gefährdet werden. Redner macht sodann auf den Umstand aufmerksam, daß die Innungsmeister durch die ihnen gewährten großen Rechte nur zu leicht zu einem einseitigen Standpunkt verführt werden könnten, so zwar, daß sie für die Ausbildung der Lehrlinge in allen Fällen die beschränkten Innungsschulen für ausreichend erachten könnten. Die Ausbildung der Lehrlinge für eine große Anzahl von Handwerkern, die auf der Grenze des Kunstbetriebes stehen, oder einen Kunstbetrieb bilden, erfordert aber eine so große Summe von allgemeinen und speziellen Vorkenntnissen, daß nur die gewerblichen Fach- oder auch die Fortbildungsschulen dem Bedürfniß der Ausbildung genügen könnten. Es wäre nun gewiß sehr schädlich, wenn die Innungen in die Lage versetzt würden, diese Vorbildung beschränken und darauf einen Rückschritt in gewerblicher Hinsicht bewirken zu können. Es wäre überaus bedenklich, die Innungen als allein maßgebend für die Frage hinzustellen, ob auch die Wissenschaft und nicht allein die Kenntniß mechanischer Handgriffe für das Handwerk Werth haben soll. Wir wünschen aufrichtig, daß das Gute, welches die Vorlage enthält, bleibe, wünschen aber auch eine genaue Prüfung in der Kommission, damit eine Anzahl unklarer Bestimmungen, welche Zweifel über die Tragweite des Gesetzes zulassen, beseitigt werde, damit wir auf diese Weise die Vortheile, welche das Gesetz uns bietet, nicht verlieren. (Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann: Ob die Regierung die gesetzgeberische Arbeit auf diesem Gebiete mit dieser Vorlage abschließen wird, kann ich heute noch nicht verbürgen. Aber die Regierung hält an der Auffassung fest, daß die Vorlage auf der Tendenz beruht, die ganze Gesetzgebung auf dem bisherigen Standpunkte zu erhalten. Die Absicht, die in den Motiven ausgesprochen ist, die Innungen zu wirklichen Trägern der Selbstverwaltung zu machen, hat die Regierung zu dieser Vorlage veranlaßt.

Abg. Biehl (Centr.): Mein Dank für die Vorlage ist ein sehr beschränkter, dieselbe scheint mir nur ein Schritt zu sein, um die Schaffung obligatorischer Innungen zu hindern. Veraltete Einrichtungen aus der Rumpelkammer der Zünfte wollen wir nicht, wir wollen uns lediglich auf einen zeitgemäßen, den Verhältnissen des Handwerks entsprechenden Standpunkt stellen. Redner spricht sich schließlich hauptsächlich gegen die zu weit gehenden Befugnisse der Behörden in Entscheidung von Innungsangelegenheiten aus.

Bevollmächtigter zum Bundesrath Königl. Baierischer Regierungsrath Landmann wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners und erachtet den von der Regierung eingenommenen Standpunkt ebensowohl vom Gesichtspunkte allgemeiner wie spezieller Interessen für berechtigt.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage an die Gewerbe-Ordnungs-Kommission verwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Militär-Reliktengesetz. Wahlprüfungen.

Schluß gegen 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

Herrenhaus.

15. Sitzung vom 12. Mai.

Am Regierungstische: Justizminister Dr Friedberg, Finanzminister v. Scholz, mehrere Kommissarien.

Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Die Mitglieder erheben sich zu Ehren des verstorbenen Herrn Dr Weigelt, Vice-Bürgermeister von Kassel, „eines langjährigen, eifrigen Mitgliedes des Hauses“, von ihren Plätzen. — Herr Bürgermeister Tamms (Stralsund) ist neu in das Haus eingetreten; der Herr Präsident begrüßt ihn in der üblichen Weise und ladet ihn zur Theilnahme an den gemeinsamen Arbeiten des Hauses ein.

Das Herrenhaus genehmigt auf die Befürwortung des Berichterstatters seiner Kommission, Herren Professors Dr Dernburg, en bloc und ohne Debatte den Vertrag betr. die Fortführung der Verwaltung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont durch Preußen.

Ohne Debatte werden ferner aufgrund des durch den Herrn Grafen von der Schulenburg-Angern mündlich erstatteten Berichts der Kommission für den Staatshaushalt und für Finanzangelegenheiten gut geheißen die Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für das Jahr vom 1. April 1885/86, die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres vom 1. April 1883/84 und die dazu gehörigen Anlagen (einen Vorbericht und die Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer), sowie über die Rechnung von den Fonds des ehemaligen Staatsschatzes für 1. April 1883/84, die Uebersicht von den Staatseinnahmen und -Ausgaben des Jahres vom 1. April 1885/86 nebst ihren Anlagen und der dazu gehörigen Denkschrift.

Herr v. Pfuel endlich berichtet für dieselbe Kommission über die Gesetzentwürfe, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsetat für das Jahr vom 1. April 1887/88, und betreffend die Ergänzung der Einnahmen in diesem Nachtragsetat. Auch hier erfolgt die Annahme en bloc.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nächste Sitzung morgen Freitag nachmittag 1 Uhr. Tagesordnung: Zahlreiche Kommissionsberichte und Petitionen.

Schluß 3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung vom 12. Mai.

Am Ministertische: Finanzminister Dr v. Scholz, Generaldirektor der direkten Steuern, Geh. Ober-Regierungsrath Burghart, Geh. Finanzrath v. Bonin.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min.

Der von der konservativen Partei (Abgg. Althaus und Gen.) eingebrachte Antrag auf Reform der direkten Steuern lautet:

1. In Erwägung, daß die bestehende Klassen- und klassifizirte Einkommensteuer den Grundsätzen einer gleichmäßigen und gerechten Besteuerung nicht entspricht;

2. in Erwägung, daß die Ungleichheit der Besteuerung des Grundbesitzes gegenüber dem mobilen Kapital die Einführung einer Kapitalrentensteuer nothwendig erscheinen läßt;

3. in fernerer Erwägung, daß im Hinblick auf den Rückgang des Kleingewerbes die Bestimmungen der Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe einer der wirthschaftlichen Entwickelung entsprechenden Reform dringend bedürfen,

die königl. Staatsregierung zu ersuchen, im Anschlusse an die bereits vom Hause der Abgeordneten in der Session pro 1883/84 gemachten Vorarbeiten, einen Gesetzentwurf in der nächsten Session vorzulegen, welcher den zu 1.—3. bezeichneten Anforderungen Rechnung zu tragen geeignet ist.

Centrum, Nationalliberale und Freikonservative, vertreten durch die Abgeordneten Frhr. v. Huene, Hobrecht und Frhr. von Zedlitz-Neukirch, beantragen folgende motivirte Tagesordnung:

In Erwägung, daß von allen Parteien des Hauses die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bei der Reform des direkten Steuersystems bereits ausgesprochen ist;

in Erwägung ferner, daß die weitere Ausbildung der indirekten Steuern im Reiche die Reform des direkten Steuersystems in Preußen im Sinne einer gerechten Vertheilung der Steuerlast einerseits zur unabweisbaren Nothwendigkeit macht, andererseits dieselbe erleichtert,

und in der Erwartung, daß die königl. Staatsregierung mit entsprechenden Vorlagen vorgehen wird;

über den Antrag des Abg. Althaus und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Rauchhaupt (kons.): Einen agitatorischen Zweck hat unser Antrag nicht, — dies will ich von vornherein bemerken! Sie wissen, m. H., welche umfangreichen Vorarbeiten schon in der Session 1883/84 in dieser Sache gmacht worden sind. Daß dieselben damals nicht zum Abschluß kamen, lag in der damaligen Finanzlage. Man machte da dem Finanzminister Camphausen den Vorwurf, daß er nicht ernstlich in eine solche Steuerreform eintreten wolle, und bedauerte uns, daß wir mit unseren Anträgen zu einer Zeit und gegen eine Strömung kämen, die ihnen höchst ungünstig sei. Man klagt in neuerer Zeit vielfach, daß die königl. Staatsregierung wiederholt mit Vorlagen und Gesetzen käme, betreffs deren sie mit den parlamentarischen Körperschaften wenig oder gar keine Fühlung genommen habe. Nun, unser Antrag ermöglicht eine solche Fühlung, hier ist der Ort, wo wir uns aussprechen können. Die freisinnige Partei steht unserem Antrage, wie ich vermuthe, nicht unsympathisch gegenüber, wenigstens habe ich Grund, dies anzunehmen, da sie nach einer Reichseinkommensteuer strebt. Unsere jetzige Finanzlage läßt hoffen, daß zur Zeit die Schwierigkeiten nicht in dem Maße vorhanden sind, als sie i. J. 1883/84 obgewaltet haben; und wenn erst die Reform der indirekten Steuern voll durchgeführt sein wird, so wird man nicht mehr ängstlich abzuwägen brauchen, ob der Fiskus etwas Einbuße erleidet oder nicht. Ich bin weit davon entfernt, zu verlangen, daß Ueberweisungen aus dem Reiche das Budget entlasten sollen. Allgemeine zustimmende Erklärungen in betreff einer Steuerreform haben für uns wenig Werth; die Hauptsache bleibt, daß wir uns über eine bestimmte, wenn auch allgemeine Grundlage der Reform einigen. Bei der Wichtigkeit der Sache ist auch die vorgerückte Session kein Grund gewesen, mit unserem Antrage noch ein Jahr warten zu wollen. Schwierig bleibt es ja, ein richtiges Verhältniß zwischen direkten und indirekten Steuern zu finden. Was das Prinzip der direkten einerseits und der indirekten Steuern andererseits und die Belastung der verschiedenen Bevölkerungsklassen durch dieselben anlangt, so rechne ich, daß es ungefähr 8 Millionen Haushaltungsvorstände giebt, welche von direkten Steuern frei sind, gegenüber etwa 1½ Mill. Haushaltungsvorständen mit 3 Milliarden Einkommen, welche direkte Steuern zahlen. Und wenn nun wirklich jene 8 Mill., die von direkten Steuern frei sind, wesentlich die indirekten Steuern aufbrächten, so liegt darin doch an sich keine Ungerechtigkeit. Zudem muß jeder zugeben, daß die Lage der Arbeiter sich seit 1879 nicht verschlechtert hat, sondern, da die Löhne gestiegen und die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel zurückgegangen sind, sich verbessert hat. Gleichwohl bin ich dafür, daß die Besitzenden schärfer herangezogen werden, aber zunächst wünsche ich eine größere Heranziehung des mobilen Kapitals. (Sehr gut! rechts.) Daher stellt unser Antrag drei Forderungen. Für ein besseres Einschätzungsverfahren, wie es Punkt 1 des Antrages verlangt, empfiehlt sich der Deklarationszwang, den wir Konservativen von jeher befürwortet haben. (Sehr richtig! rechts.) Ferner empfiehlt sich eine Progressivsteuer. Wir wollen alles aufbieten, eine offene, wahrheitsgetreue, den Verhältnissen entsprechende Besteuerung zu erreichen. (Beifall.) Die Auffassung des Fortschritts, bereits mit einem Einkommen von 6000 mit Zuschlägen zu belasten, halte ich für falsch; früher wollten die Herren doch noch bis zu 10,000 M. Einkommen entlasten. Mit Zuschlägen, wie die Sozialdemokraten es wollen, etwa bis 100 Proz., wäre die soziale Frage allerdings gar zu einfach gelöst; das Privateigenthum wird dadurch beinahe zu Staatseigenthum. Eine progressive Einkommensteuer ins unendliche hinauf, billigen wir auf keinen Fall. Der Kernpunkt ist der: Wenn Sie eine Ausgleichung durch eine steigende Steuer eintreten lassen, dann bleibt nur zweierlei übrig, nämlich die Einführung der Kapitalrentensteuer und eine wesentliche Reform der jetzigen Steuerverhältnisse. Die Grundsteuer ist eine viel zu scharfe, im Verhältniß zur Besteuerung des mobilen Kapitals. Es ist hier umsomehr eine Reform geboten, da diese Steuer mit wachsender Verschuldung immer intensiver wird. Von einem gerechten Steuersystem sind wir vorläufig noch weit entfernt. Auf der einen Seite haben wir Personal-, auf der anderen Realsteuer, d. h. auf der einen Klassen- und Einkommensteuer und auf der anderen Grund- und Gebäudesteuer. Und nun sehen Sie sich unsere Gewerbesteuer an. Ist diese nicht eine Ungerechtigkeit, weil sie im Grunde genommen, eine doppelte Besteuerung involvirt? (Sehr richtig! rechts.) Wollte man diese Steuer nach dem Kapital bemessen, so käme man allerdings nicht zu dem richtigen Schlusse, da viele Gewerbe, wie z. B. viele Gastwirthschaften, fast ohne Kapital arbeiten. Die Gewerbesteuer, wie sie heute besteht, ist unhaltbar, und ich hoffe, daß wenn die Regierung uns eine Reformvorlage der Gewerbesteuer bringt, daß es eine recht sorgfältig durchgearbeitete sein wird. (Beifall.)

Finanzminister v. Scholz: Meine Herren! Seien Sie nicht böse, daß ich jetzt schon in diesem Stadium der Debatte das Wort ergreife. Ich bin zu meinem Bedauern genöthigt, alsbald das Haus zu verlassen, um an den Verhandlungen im andern Hause theilzunehmen und mein verehrter Freund, Hr. Direktor Burghardt, wird den weiteren Verhandlungen beiwohnen. Zuvörderst möchte ich denjenigen Herren, welche den Antrag unter Nr. 126 der Drucksachen gestellt haben, meinen Dank aussprechen. (Hört! rechts.) Ich müßte nicht Finanzminister sein, wollte ich nicht erfreut sein über jedes Zeichen lebhafter Theilnahme für die Entwickelung dieses wichtigen Zweiges, der in mein Ressort eingreift. Aber, m. H., ich kann mir nicht versagen, wenn ich mich frage, ob der Erfolg dieses Antrages hier im Hause verbürgt sein mag, einen Blick rückwärts zu thun. Und da haben wir schon einmal in diesem Hause einen Antrag angenommen gesehen von ⅔ oder ¾ aller Anwesenden, der weit spezialisirter bereits ein Einverständniß der Parteien des Hauses mit einer Reform der direkten Steuern zu enthalten schien, und auf welchen die Regierung im allgemeinen einzugehen sich als verpflichtet erachtete. Der Erfolg ist, da der Antrag nur für einen kleinen Kreis des Staates praktisch gewesen ist, für uns leider noch ausgeblieben, und ich fürchte, daß wir von einem wesentlich besseren Erfolg auch diesmal nicht berichten können, wenn nicht in der Stimmung und der darauf beruhenden Behandlung dieser Materie einige Aenderungen eintreten. Ich bitte Sie deshalb, nicht in die Verhandlungen über diese Reformen der direkten Steuern einzutreten, wenn Sie nicht fest entschlossen sind, diese komplizirte Sache ganz um ihrer selbst willen zu berathen. So lange noch andere Punkte, wie wichtig sie auch sein mögen, mit dieser Frage verquickt werden, werden wir nun und nimmer mehr zu einem praktischen Erfolge kommen. (Sehr wahr! rechts.) Ich nenne es einen Nebenpunkt, wenn eine Reform der Quotisirung, hier von einigen Parteien im Hause in die Debatte gezogen wird, nur in der Absicht, ihre parlamentarische Macht zu erweitern. Es ist dies von einigen Parteien als großer Punkt bezeichnet; gleichwohl ist es ein Nebenpunkt, den Sie hier ausscheiden müssen. Ein zweiter Nebenpunkt, der gefahrdrohend ist, wenn sie ihn in diese Debatte ziehen, ist es, wenn die Reform der direkten Steuern verbunden sein soll mit der Reform der Grundlagen unseres Wahlrechts. Für viele Politiker ist freilich dieser Punkt wichtiger. Ebenso verhängnißvoll ist, die Besteuerung der vormaligen Reichsunmittelbaren in diese Verhandlung zu verlegen. Wollen Sie die Frage der mediatisirten Häuser hier berühren, dann kommen wir ebenfalls nicht vorwärts. Darum möchte ich dringend alle diejenigen Parteien bitten, die es ehrlich mit dem Wunsche nach Reform der direkten Steuern meinen. Ich stehe ganz auf Ihrer Seite — denn das kann ein preußischer Finanzminister nicht in Abrede stellen wollen: das, was wir heute besitzen, ist ein Torso, ein unfertiges Ding — aber, wollen Sie der Sache näher treten, dann fassen Sie einen festen Entschluß, Nebenpunkte wollen wir mit dieser so wichtigen Sache nicht verbinden. Aber auch wenn Sie diesen Entschluß gefaßt haben, möchte ich wünschen und hoffen, daß dann noch eine Schwierigkeit beseitigt wird, von der ich befürchte, sie wird große Hindernisse dem Erfolg entgegenstellen. Hr. v. Rauchhaupt hat die Schwierigkeit dargelegt, welche das Bestehen unserer Grund- und Gebäudesteuer einer rationellen Reform unserer direkten Staatssteuer entgegenstellt. Ich bin ganz mit Hrn. v. Rauchhaupt einverstanden, aber er wird sich der Ueberzeugung jedenfalls nicht verschließen: auch die Kapitalrentensteuer hat ihre großen Gegner, und es liegt nicht in unserer Macht, hier etwas zu thun, ohne daß wieder die ganze Frage des Standes-Einkommens und des Einkommens vom mobilen Besitz berührt wird.

„Aba der Boda willst's, und nacha wird's a sn.“

„Wett' ma, daß 's nit a so wird, oder wett' ma nit, i woaß ja g'wiß, und wennst iätz aaffi gehst und Di hinschleichst aaf d' Alm zum Mirdei und dalust, was s' mit 'n Lenzl diskrirt, nacha kannst es selm glei von Grund aus wissn. Aba dös g'fallt mir! Warum soll 's Mirdei 'n Lenzl nit gern haben? Grad als wenn Du 's Lisei nit gern habn dörfest.“

„'s Lisei?“ fragte Peterl jetzt wieder ganz dumm und verwirrt. „Ja, es is Zeit, daß i zu ihr aaffi kimm und ihr Botschaft bring. Also es bleibt dabei, morgn nach der Vesper in Birkastoa, aba nit obn beim Kirchel, sondern z'nachst der Stoawand, wo der Wildbach abalaaft. Und was i no' sagn will, Lindl, reiß'st die Martertaferl nit z'samm?“

„Na,“ sagte Lindl, „hon i Dir ja g'sagt, daß no' a dritt's her kimmt.“

„Aba dennast nit über mi?“ fragte Peterl.

„Na, Du g'hörst ja nit zu meiner Froandschaft,“ erwiderte Lindl ernst.

„Schlag Dir die Gedankn aus 'n Koof,“ sagte Peterl.

„Schlag du di lieber iätz aaffi aaf d' Hochalm zum Lisei,“ versetzte Lindl, „und schaug ihr nit z' stark in ihre schwarzen Augn, daß d' drüber nit narrisch wirst, als wie der Franzl und — Andere. Hörst es singa? Hörst ihra glöckerlhelle Stimm'? Da vergißt ma' aaf Alles, wenn ma' die hört, da schaugt ma' aaffi zum blaun Himmi, ob ma' koa Lercherl siehgt z'höchst obn; da schaugt ma' aaf die Gipfel von die Tannabaum, ob ma' koa güldas Vögerl rauschen hört, und da vergißt ma' all dös Wehthea, 'n Haß und d' Bitterkeit, und drud alloa is eam wohl. Mach, Peterl, daß d' weiter kimmst! Ob d' ma 's Geld bringst oder nit — 's is ma all's oan Teufl! I muaß da rasten an dem verhängnißvolln Fleckl; geh zua und stampf nit so mit die Füaß, daß i 'n G'sang hör vom Lisei. A Nagerl kannst ma gebn — hon heuer no koans in der Hand g'habt.“

„Da hast glei drei,“ entgegnete Peterl, „und z'wegn morgn — dabei bleibt's. Pfüat di Gott, Lindl!“

In diesem Augenblick dröhnte der Schall eines Schusses von den felsigen Höhen herab ab das Ohr der Sprechenden.

„Dös war aaf der Kirchwand,“ sagte Lindl, „durt kraxeln d' Jaga scho' in aller Fruah aaffi. Wie san ma an der Zeit, schau' aaf dein Zwiebl, Peterl.“

Peterl sah, schon im Abgehen begriffen, auf seine Taschenuhr und sagte: „Grad is 's Achte, also nomal Ades!“ Dann stieg er weiter gen Lisei's Alm. Lindl aber warf sich neben einer hohen Tanne nieder in's Moos. Lange blickte er schweigend die Nelken an in seiner Hand, lange lauschte er dem fernen Gesange der Sennerin. Ein Lächeln spielte um seine sonst so trotzigen Lippen. Aber plötzlich durchzuckte es ihn wie ein Blitz. Mit einem Fluche warf er die Nelken weit von sich, sprang auf, warf den Rucksack um, nahm den Bergstock und wollte von dannen eilen.

In diesem Augenblicke kam über den links herabführenden Ziehweg ein junger Bursche in auffallend erregtem Zustande herab und rannte fast an Lindl an. Wie er ihn gewahrte, prallte er erschrocken einige Schritte zurück.

„No, Lentnermuckl,“ rief Lindl, „is der Wendelstoa so schmal, daß zwoa Leut nimmer vüranander gehn kinna?“

„Du bist wieder da, Lindl?“ entgegnete statt aller Antwort der Gefragte, ein kaum zwanzigjähriger Bursche, der Rucksack und Bergstock trug. Sein Gesicht war blaß und die Augen mit Blut unterlaufen, das Brandmal der Lüderlichkeit war ihm auf die Stirne gedrückt. Seine im ersten Moment von einem gewissen Entsetzen erfüllten Züge nahmen plötzlich einen andern Ausdruck an; er schien hoch aufzuathmen und wie Freude zuckte es um seine Lippen.

(Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870514020/fragment/page=0002

Deshalb war die Staatsregierung der Meinung, wenn sie auf dem Wege fortschreitet, daß wir endlich dazu kommen, die Grund- und Gebäudesteuer der Kommune zu überweisen, daß dann der Weg erleichtert und die Hoffnung vorhanden ist, zum Ziele zu gelangen. So lange die besondere Ertragssteuer vom immobilen Besitz als Staatssteuer bestehen bleibt, so werden in der Hauptsache die Schwierigkeiten fortbestehen, und eine Einigung im weiteren Kreise, wie sie für eine Reform der direkten Steuern wünschenswerth und nothwendig ist, zweifelhaft sein. Ich fürchte, daß es bei den Worten, welche der Abg. Benda am 24. Nov. 1885 im Reichstage gesprochen hat, verbleiben wird: „Wir wissen, daß eine Abhilfe aus den eigenen Mitteln Preußens ganz außerordentlich schwierig ist. Ich habe keine Lust, mich an Versuchen zur Reform der direkten Steuern in Preußen zu betheiligen.“ Ich habe diesen klaren Worten damals voll zustimmen müssen. Ich bitte Sie deshalb, die Gelegenheit nicht unbenützt vorübergehen zu lassen.

Abg. Rickert (dfr.): Nulla dies sine linea, sagt der alte Römer. Gestern haben wir im Reichstage eine Vorlage gemacht, die pro Kopf etwa 3 M. Steuer bedeutet. Auch andere, für den Finanzminister sehr günstige Aussichten auf Wein, Bier sind gemacht worden. Trotz alledem haben Sie nicht warten können und haben hier im Hause einen Antrag gestellt auf Erhöhung der agrarischen Schutzzölle, der Ihnen nichts genützt hat, den Lande aber viele Millionen gekostet, welche durch ein leichtsinniges Spiel verloren worden sind. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Solche Handlungen sind nicht im Interesse der Bewohner unseres Landes (Unruhe rechts. Zuruf: Allgemeine Redensarten.) Heute haben Sie von dem Herrn Finanzminister auch nicht mehr wie eine höfliche Ablehnung erfahren. Früher hat man der Schutzzollpolitik von konf. Seite ein gar großes Loblied gesungen. Heute lautete die Ausführungen des Herrn v. Rauchhaupt schon wesentlich anders, er meinte, die Löhne wären durch die Schutzzölle nicht wesentlich zurückgegangen. Herr v. Rauchhaupt, wie dem auch sei, jedenfalls haben die Schutzzölle die Hoffnungen nicht erfüllt, die Sie auf dieselben gesetzt haben. Ihre Meinung wechselt überhaupt mit dem Winde, der von oben weht. Sollten wir einmal einen freihändlerischen Finanzminister bekommen, so würden Sie sofort freihändlerisch werden. (Widerspruch.) Nun, wenn Ihre Schutzzollpolitik gänzlich Fiasko gemacht haben wird, werden wir hoffentlich besser mit einander stehen. (Erneuter Widerspruch rechts.) Wir sind vollständig davon überzeugt und treten jederzeit dafür ein, daß eine stärkere Heranziehung des Kapitals nothwendig und richtig ist. Gestern im Reichstage sprach man bei der Branntweinsteuervorlage von nationalen Gesichtspunkten. Die erkennen wir nur sehr bedingt an; unsere Reichseinkommensteuer aber hat solche nationalen Gesichtspunkte. (Heiterkeit.) Durch dieselbe werden schon bei ½ Proz. 25 Millionen gewonnen. Die Kapitalrentensteuer, die Sie wünschen, ist zugrunde gegangen, weil Sie nur das unfundirte Einkommen haben herausgreifen wollen. Mit einer Deklaration, die Herr v. Rauchhaupt befürwortete, ist nichts gethan. Erfahren haben wir auch nicht, was die Herren mit der Klassensteuer, was sie mit der Einkommensteuer wollen. Sagen Sie mir nur das Eine: Wollen Sie eine Vermehrung des Gesammtsteuerbetrages oder nicht? (Abg. Rauchhaupt: Nein!) So wollen Sie also nur einen Ausgleich innerhalb der Grenzen dieser Summe herbeiführen. (Zustimmung.) Nun, das ist doch richtig, daß man das an die Spitze der Resolution hätte stellen müssen. (Sehr richtig! links.) Man sah ordentlich das Vergnügen des Herrn Finanzministers, eine solche Resolution entgegenzunehmen. (Heiterkeit.) Ohne eine Quotisirung würden wir niemals für eine solche Resolution stimmen, auch nicht für motivirte Tagesordnung. Sobald nicht die Regierung sich offen für die Quotisirung ausspricht, ist für uns die Resolution vollständig unannehmbar. Freiherr v. Zedlitz hat sich doch früher wenigstens für eine theilweise Quotisirung ausgesprochen. Die Steuerbefreiung der Reichsunmittelbaren, welche die Herren für einen ganz nebensächlichen Punkt erklären, halten wir auch für einen Hauptpunkt, weil sie eine Ungerechtigkeit in sich birgt; was uns ein Hauptpunkt ist, das ist für die Herren aber immer nur eine Nebensache. Die Grund- und Gebäudesteuer betreffend, so haben die Herren auch keine positiven Vorschläge gemacht; so weit aber, wie einer der Herren Konservativen im Reichstage ging und Ueberweisung dieser Steuer an die Gemeinden verlangte, werden wir nie gehen. Wir stimmen gegen die Resolution, weil wir von dieser Regierung eine Reform der direkten Steuern gar nicht erwarten; denn — „vestigia terrent.“ (Beifall links.)

Abg. Wolff (kons.): Bei so einschneidenden Fragen muß man vor allem mit gutem Willen die Nebenpunkte fallen lassen. (Heiterkeit.) Ich muß Herrn Wagner in Schutz nehmen; seine Ansichten über Quotisirung waren doch von den parlamentarischen Gelüsten des Abg. Rickert himmelweit verschieden. (Sehr richtig rechts.) Auch die Steuerfreiheit der Standesherren hätte Herr Rickert unberührt lassen sollen; das sind völkerrechtlich garantirte Rechte, als Entschädigung für frühere Souveränetät. Wenn Herr Rickert diese Frage mit dem allgemeinen Wahlrecht verquickt, so heißt das allerdings die Steuerreform ad calendas graecas legen. Das Centrum wird darin auch nicht mit Ihnen gehen, da zu viele konservative Elemente darin sind; Herrn Windthorst rechne ich allerdings nicht dazu, weil er in letzter Zeit hierin ähnliche Gedanken ausgesprochen hat, wie der Abg. Rickert. — Das Wasser für eine Steuerreform ist jetzt erst frei geworden, seit die jetzige Majorität im Reichstage vorhanden ist. Unsere Resolution haben wir deshalb so allgemein gehalten, damit niemand gehindert sei, beizutreten. Wenn Sie fragen, was unser Antrag bezweckt, so ist die Antwort: „Wir wollen eine gerechtere Vertheilung der Steuer.“ (Sehr gut! rechts.) Man muß die ausgleichende Gerechtigkeit und christliche Barmherzigkeit auch in die Steuerpolitik einführen. (Beifall.) Der famose Antrag Rickert auf Einführung einer Reichs-Einkommensteuer greift so sehr in die Rechte der Einzelstaaten ein, daß er schon aus diesem Grunde zu verwerfen ist. Die Einzelstaaten haben durch die indirekten Reichssteuern schon soviel von ihrer Steuerkraft verloren, daß sie sich dieselbe nicht weiter schmälern lassen dürfen. Die Fortschrittspartei verlangt eine progressive Steuer nach oben, aber — an ihren Thaten sollt ihr sie erkennen — in der Stadt Berlin, die doch der Fortschritt regiert, haben wir eine progressive Steuer nach unten, das ist die „Miethssteuer“. (Sehr richtig! rechts.) Bevor also die Fortschrittspartei ihre Thaten nicht ändert, glaube ich ihr ihre Reden nicht. Ich bitte Sie zum Schluß, geben Sie unserem Antrage Ihre Zustimmung. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Huene (Centrum): Meine ablehnende Stellung zur Reichseinkommensteuer ist bekannt und ich will auf dieses auch von mir schon in beiden Häusern erörterte Thema nicht weiter eingehen. Was nun die Nebenfragen anlangt, für welche der Hr. Finanzminister gebeten hat, sie nicht mit der Hauptfrage zu verquicken, so handelt es sich hier um das allgemeine Wahlrecht; das ist doch keine Nebenfrage? Wir sind immer bereit gewesen, an einer Steuerreform mitzuwirken, aber von diesem Entwurfe gilt der Spruch: „Zu viel und zu gering ist immer ein Ding.“ Derselbe enthält zur bloßen Anregung zu viel und von wirklichen Direktiven zu wenig. Was heißt gerechtere Vertheilung? Wollen Sie unsere unteren Klassen mehr heranziehen? Dahin kommen Sie scheinbar mit ihrer Resolution. Mit der Kapitalrentensteuer sind wir im Prinzip einverstanden, können aber eine solche allgemeine Fassung nicht annehmen. Dem Antrage selbst stehen wir ja ganz sympathisch gegenüber, aber in dieser Fassung ist er, wie gesagt, für uns unannehmbar. Wir haben deshalb einen Antrag auf motivirte Tagesordnung gestellt, den ich anzunehmen bitte. Dieser drückt unsere Bereitwilligkeit zu einer Steuerreform genugsam aus und bringt uns nicht in schroffen Gegensatz zu dem vorliegenden Antrage.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Ich muß den Vorwurf des Abg. Rickert zurückweisen, als ob die Konservativen neulich durch ihren Zollerhöhungsantrag eine maßlose und verlustbringende Spekulation auf dem Getreidemarkt veranlaßt hätten. Schon die Jahreszeit verhindert eine solche Spekulation, ebenso wie deshalb auch ein Sperrgesetz, von dem in den Blättern bereits gesprochen sei, überflüssig erscheint. Ich glaube überhaupt nicht an ein solches Sperrgesetz. — Redner läßt sich sodann ausführlich über die Schutzzollpolitik aus und erinnert u. a. auch an die Vorgänge in Schweden, wo jetzt eine freihändlerische Majorität gewählt sei — allerdings auch unter starkem gouvernementalen Druck. (Abg. Meyer (Breslau): Kommt das vor? Große Heiterkeit.) Ja in Schweden kommt das vor! (Große Heiterkeit links.)

Abg. Hobrecht (natl.): Im Wesentlichen kann ich mich den Gründen anschließen, welche der Abgeordnete v. Huene gegen den Antrag und für die motivirte Tagesordnung geltend gemacht hat. Die Vorlage ist zu allgemein gehalten und läßt bestimmte Direktiven an den Herrn Minister vermissen, welche von vornherein des Beifalls des ganzen Hauses sicher wären. Ich will die einzelnen Beweggründe des Antrags Althaus nicht näher kritisiren, aber ich muß es aussprechen, daß sie mir vielfach bedenklich erscheinen. Die Einkommensteuer bei uns ist doch immer noch besser als irgend eine Personalsteuer in anderen Ländern, und ich möchte nicht, daß das Haus in der schroffen Fassung der Resolution über dieselbe urtheilt. (Zustimmung links.) Und wenn man die Kapitalrentensteuer damit begründet, daß das mobile Kapital weniger belastet sei als der Grundbesitz, so leidet diese Unterscheidung an dem alten Fehler, daß man die Objekte für die Besteuerung in Betracht zieht, statt des Menschen, der doch das eigentliche Besteuerungsobjekt ist. Was endlich die Gewerbesteuer betrifft, so ist allerdings auch hier eine Reform nöthig, aber der Antrag und seine Motivirung enthält nur Allgemeinheiten und das Haus soll in einer so wichtigen Frage doch nur sprechen, wenn es wirklich etwas Großes zu sagen weiß. Es ist nicht klug, eine Reihe von Möglichkeiten hinzustellen, wenn man ernsthaft eine Reform wünscht. Ich bitte das Haus deshalb, unseren Antrag auf motivirte Tagesordnung anzunehmen. (Beifall.)

General-Steuerdirektor Burghardt: Man möchte vielleicht an mich die Frage richten, ob ich denn weiß, was eigentlich das Haus will. Darauf muß ich antworten: „Nein!“ (Heiterkeit.) Ich entnehme aus beiden Anträgen, welche vorliegen, und aus der Debatte nur das, daß das Haus bereit ist, auf Reformbestrebungen der Regierung einzugehen. Anknüpfen muß ich aber hier die Bemerkung, daß der Minister jedenfalls nicht, wie ein Redner der Linken ihm nachgesagt hat, die Sache mit einer ironischen Wendung hat beseitigen wollen. Das kann man doch einem Minister nicht nachsagen, nachdem derselbe sich hier hingestellt und gesagt hat, unter welchen ganz bestimmten Bedingungen eine solche Reform überhaupt möglich sei. — Redner erwähnt nochmals kurz alle jene Nebenpunkte, welche aus der Reform entschieden ausgelassen werden müßten, wenn man wolle, daß die Steuer überhaupt zu Stande komme. Noch muß ich einem Vorwurfe des Abg. Rickert entgegentreten. Herr Rickert hat die Antragsteller gefragt, ob sie denn aus der Reform Mehr-Einnahmen erzielen wollten, und als ihm geantwortet wurde: „Nein,“ da hat Herr Rickert gesagt: „Damit verliert ganz gewiß der Herr Finanzminister sein Interesse an der ganzen Reform.“ Wer so etwas sagen kann, der muß doch gar kein Verständniß für die Finanz-Verwaltung haben, und dem muß die ganze Finanz-Verwaltung doch sehr leid thun. Hier handelt es sich um eine Summe von 80 Millionen, und da ist schon die richtige Vertheilung dieser Steuerlast eine Aufgabe, welche die Finanz-Verwaltung stets und stark interessirt. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz: Wenn wir dem Antrage Althaus nicht zustimmen, sondern begründete Tagesordnung beantragt haben, so geschah es, weil derselbe zu Mißverständnissen leicht Anlaß geben kann. Die Ergebnisse unserer Berathungen des Jahres 1883—1884 können nicht als abgeschlossen betrachtet werden, und deshalb unmöglich der Regierung als Direktive gelten. Das negative Resultat ist damals dadurch herbeigeführt, daß die Regierung nicht ihre volle Kraft hinter das Werk setzte, sondern sich Vorlagen anschloß, die ihr aus dem Hause oktroyirt wurden. Wenn wir den Antrag Althaus annehmen, so hindern wir die Regierung an selbstständigem Vorgehen. Deshalb empfehle ich Ihnen, unseren Antrag auf motivirte Tagesordnung anzunehmen.

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Ich kann Herrn v. Rauchhaupt in zwei Punkten völlig beistimmen, einmal darin, daß, wenn man eine solche Reform einleiten will, man mit allgemeinen Resolutionen nicht weiter kommt, und zweitens darin, daß die vorgeschlagene Resolution so allgemeiner Art ist, daß Niemand, der nicht so verhärtet ist wie wir, Bedenken gegen dieselbe haben kann. (Heiterkeit.) Als vor mehreren Jahren derselbe Gedanke der Steuer-Reform zur Ausführung gebracht werden sollte, scheiterte die Sache daran, daß die Regierung an der Aufhebung der 4 untersten Klassensteuerstufen festhielt, während die Hälfte der konservativen Partei, die ganze freikonservative, das Centrum und die Nationalliberalen sich dem widersetzten. Die Schuld für das damalige Nichtzustandekommen liegt also durchaus nicht lediglich an uns und es ist daher vollkommen unrichtig, uns als Anwälte des Kapitals hinzustellen, damals wurde auch der Nebenpunkt der mediatisirten Fürsten von den Konservativen nicht von einem so erhabenen Standpunkt beurtheilt wie heute. Und auch der Wortlaut des Antrages Rauchhaupt, welcher eine gerechte Vertheilung der Steuern will, spricht sich unbedingt gegen ungerechte Steuerbefreiung aus. Auch die Frage des Wahlrechts wurde damals nicht als Nebenpunkt angesehen, sondern von allen Parteien in ernste Erwägung gezogen und es kann ja gar nicht anders sein, denn eine Aenderung des Steuersystems hängt auf das innigste mit unserem Wahlrecht zusammen. Die Quotisirung betrachten wir keineswegs ausschließlich unter dem Gesichtspunkt einer parlamentarischen Machtfrage, sondern wir haben von jeher den Gesichtspunkt geltend gemacht, daß sie für eine gute Finanzverwaltung unerläßlich sei und darum können wir diesen Punkt nicht als Nebenpunkt bezeichnen. Was die motivirte Tagesordnung angeht, so nehmen wir an dem ersten Satze derselben keinen Anstoß, denn wir geben zu, daß unser bestehendes Steuersystem keineswegs unverbesserlich ist. Aber wir können nicht zu einer Reform die Hand bieten, von der wir nicht wissen, wie sie aussehen wird. Wir betrachten eine Veränderung der Steuer, welche die Zustände nicht verbessert, nicht als Reform. Wir fürchten vielmehr, daß möglicherweise eine Verschlechterung eintrifft. Herr Wolff hat sich einigermaßen zu seinen Fraktionsgenossen in Widerspruch gesetzt. Ich will seine sozialdemokratischen Sympathieen nicht erschüttern. Ich denke aber, wenn er wirklich ernsthaft die Lage der arbeitenden Klasse verbessern will, so sollte er daran denken, daß die nothwendigen Lebensmittel nicht mehr als bisher vertheuert werden (Unruhe rechts). Man mag nun so oft sagen, das Getreide ist nicht theuer geworden; es ist theurer als in den Ländern, wo die Kornzölle nicht bestehen und zwar der Regel nach theurer bis auf den Pfennig um den ganzen Betrag der Steuer, auf jeden Fall also haben die Zölle eine Verwohlfeilerung verhindert und den ärmeren Klassen ist doch wahrlich zu wünschen, daß die nothwendigen Lebensmittel wohlfeiler werden. (Widerspruch rechts.) Herr Graf Kanitz hat über die Kornzölle in einem Tone gesprochen, daß vor solcher göttlichen Beglaubigung jeder Zweifel irdischer Klugheit schwinden muß; die Zukunft wird freilich lehren, ob er recht hat. Vorläufig ist die Erhöhung der Getreidezölle in einer Versenkung verschwunden, so lange die Spiritusvorlage uns beschäftigt. Die Nationalliberalen hoffen, sie wird nicht wieder erscheinen, ich glaube Herrn Kanitz aber, daß sie wieder erscheinen wird. Ich kann ihm darin nicht Recht geben, daß nur die Spekulation durch die infolge der Erklärung des landwirthschaftlichen Ministers entstandene Kursschwankung betroffen wurden. Nein, betroffen worden sind die Leute, welche gezwungen waren, sich mit Korn zu versorgen, vor allem die Müller, welche Kornvorräte gebrauchen. Es sind also Interessen dadurch verletzt worde, welche ebenso reell sind, als die des Grundbesitzes und der Landwirthschaft. Was das Sperrgesetz betrifft, so erinnere ich daran, daß die Absicht, ein Sperrgesetz zu erlassen, zuerst verlautbart wurde von einem Organe, dessen Redakteuer der Herr Finanzminister bezeugt hat, daß derselbe ein sehr gutes Verständniß habe und deshalb häufig vertrauter Mittheilungen aus dem Finanzministerium gewürdigt wurde. Dem Herrn Generalsteuerdirektor entgegne ich, daß aus dem Tone, in welchem der Herr Finanzminister sprach, es mir ganz zweifellos wurde, daß er bei einer Steuerreform an eine Steuererhöhung dachte. Will man keine Steuererhöhung, sondern nur eine andersartige Vertheilung, so würde die Sache ja ganz anders sein. Dann kämen wir ja zu der von uns so lebhaft vertheidigten Quotisirung, und eine solche Anschauung könnte uns allerdings dem Antrage um ein gewisses Maß geneigter machen. Ich verkenne nicht, daß in dem Antrage ein guter Kern steckt, und damit dieser herausgeschält werden kann, beantrage ich, den Antrag Althaus an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen. (Beifall links.)

Nach einer kurzen Entgegnung das Generalsteuerdirektors Burghardt schließt die Diskussion.

Es folgen dann eine Reihe persönlicher Bemerkungen. In einem Schlußworte tritt der

Abg. Freiherr von Minnigerode den Ausführungen der Deutschfreisinnigen entgegen. Für den Cancan an der Börse könne man die Schutzzöllner nicht verantwortlich machen. Ebenso greift Redner den Antrag auf motivirte Tagesordnung an und, da er fast alle Redner, welche gegen die Vorlage gesprochen, rektifizirt, so giebt dies zu weiteren persönlichen Bemerkungen Anlaß, an welchen sich die Abgg. Wolf, Rickert, Dr Meyer, Frhr. v. Minnigerode, Frhr. v. Huene u. a. betheiligen.

In der nunmehr erfolgenden Abstimmung wird gegen die Stimmen der Konservativen der Antrag auf motivirte Tagesordnung angenommen. Damit ist der Antrag Althaus und Genossen abgelehnt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Petition der Ober-Realschul-Direktoren um Zulassung der Ober-Realschul-Abiturienten zur Staatsprüfung im Baufache und die Petitionen des rheinischen und uckermärkischen Bauernvereins. Schluß 4½ Uhr.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

— Stanley ist mit seiner Expedition am 29. März in Bonga Mundeka am Kongo (zwischen der Mündung und Leopoldsville) angelangt. Er hat beschlossen, vorbehaltlich einiger Abänderungen, welche die Ereignisse am oberen Kongo nothwendig machen dürften, die Route über die Stanley-Fälle endgiltig zu adoptiren und sich zu bemühen, Wadelai und Emin Pascha mittelst dieser Route zu erreichen. Er wird von Leopoldsville nach den Fällen und von da soweit als möglich den Fluß Mbura hinauf vorstoßen. Alsdann wird er mit einer Karawane die Reise nach dem Albert Nyanzasee antreten. Dort angelangt, beabsichtigt er, ein befestigtes Lager zu bilden und eine Vorhut in Booten zu entsenden, welche Emin Pascha von der Ankunft der Expedition verständigen und ihn bitten soll, Stanley die zu seiner Verfügung stehenden zwei Dampfer zu überlassen, um die Expedition nach Wadelai zu befördern. Tippu-Tipp wird an den Fällen zurückgelassen. Die Entfernung von dort bis zum Albert-Nyanzasee beträgt in der Luftlinie etwa 600 km.

— Die Culemann'sche Sammlung in Hannover ist zum Preise von 600,000 M. von der Stadt Hannover angekauft worden, nachdem die königliche Staatsregierung der Stadt eine Beihilse von 300,000 M. zum Ankauf bewilligt hat.

— In Buenos Aires wird R. Wagner's „Fliegender Holländer“ am 20. d. unter der Direktion des Impresario Emil Dürer zum erstenmale in Scene gehen. Es ist dies das erste Werk Wagner's, welches in Südamerika auf der Bühne erscheint. Nach dem „Fliegenden Holländer“ wird die Gesellschaft 60 Vorstellungen von verschiedenen Opern geben, darunter Verdi's „Otello“.

— In wenigen Tagen verläßt die Presse der III. Band der durch ihre prächtigen Natur-Schilderungen berühmt gewordenen „Märkischen Streifzüge“ von August Trinius, welche Erlebtes und Gesehenes zu anmuthigen Bildern verschmelzen und deshalb einem jeden Freunde der Mark eine hochwillkommene Gabe sein werden.

Provinzial-Nachrichten.

Der Nachdruck unserer Original-Korrespondenzen aus der Provinz ꝛc. ist nur unter Angabe der Quelle gestattet.

△ **Torgau,** 12. Mai. In der Jahresversammlung des hiesigen Gustav Adolf-Zweigvereins wurden neu gewählt: Zum Vorsitzenden Hr. Amtsrichter Bruns, zum Schriftführer Hr. Rektor Seydel, zum Kassenführer Hr. Apotheker Knibbe und als Vorstandsbeisitzer die Herren Archidiakonus Rühlmann, Musikdirektor Dr Taubert, Apothekenbesitzer Reinbeck, Rechtsanwalt Ulrich, Major v. Cramer von hier und Oberpfarrer Mehldau zu Mühlberg. Dem Kassenführer, Hrn. Knibbe, wurde Entlastung ertheilt und aus dem Bericht desselben ist zu ersehen, daß die Einnahmen zusammen 493,23 M., die Ausgaben 57,50 M. betrugen. Es wurde beschlossen, aus dem Bestande von 435,73 M. auf die satzungsmäßigen Zweidrittel an den Hauptverein zu Halle 300 M., an das St. Petri-Stift zu Höxter in Westfalen 70 M., an die Kirchengemeinde Emsdetten-Greven in Westfalen 50 M. zu gewähren. Der Ertrag der Kirchenkollekte des am 31. Okt. in hiesiger Stadtkirche gefeierten Reformationsfestes von 74,31 M. ist an den Hauptverein in Halle direkt abgeführt worden. — Dem hiesigen Männer-Asyl-Verein ist ein Geschenk von Eintausend Mark von einem ungenannt sein wollenden, gegenwärtig in Nord-Amerika in der Gegend von Kansas-City ansässigen geborenen Torgauer zugegangen. In der letzten Versammlung des hiesigen Bürgervereins wurde dem edlen Geber ein dreimaliges begeistertes Hoch gebracht. — In derselben Versammlung fand eine Besprechung über die Aufhebung des Brückenzolles statt, die als nicht mehr zeitgemäß warm befürwortet wurde, weil darunter der Geschäftsverkehr mit den Bewohnern der Ortschaften auf dem rechten Elbufer beeinträchtigt werde. Es wurde beschlossen, in der Angelegenheit weitere Schritte zu thun.

—g. **Weißenfels,** 11. Mai. Einer unserer ältesten Mitbürger, Exc. Generallieutenant v. Wurmb beging gestern seinen 92. Geburtstag. Am Morgen begrüßte die Musikkapelle den hochbetagten Mann mit einem Ständchen und die beiden hiesigen Husaren-Escadrons, deren Regiment Hr. v. W. angehört hat, hielten Parade.

△ **Langensalza,** 10. Mai. Die Mitglieder der Lehrer-Wittwenkasse der 3 Ephorien Langensalza, Tennstedt und Oberdorla hielten gestern im Wiegandt'schen Lokale unter Vorsitz des Hrn. Sup.-Vikars Schniewind den diesjährigen Konvent ab. Die Kasse zählt jetzt 122 Mitglieder, der Kapitalstock beträgt 22,750 M. An die Hinterbliebenen von 4 im verwichenen Jahre verstorbenen Mitgliedern wurden 1980 M. Begräbnißgelder gezahlt. Wittwenpensionen konnten nicht gewährt werden, da der vorschriftsmäßige Ueberschuß über 500 M. nicht vorhanden war.

□ In Suhl wird anstelle der sog. Todtenkirche im Laufe des nächsten Sommers der Neubau einer Kleinkinder-Bewahranstalt erstehen. Der Verkauf gen. Kirche — die eigentliche Kapelle ausgenommen — auf Abbruch und die Verdingung des Neubaues sollen nächste Woche erfolgen.

— Ein dresdener Bürger überreichte dem Stadtrath daselbst fünf Interimsscheine über 10,000 M. vierprozentige Anleihe der Stadt Lissabon behufs Begründung einer „Kaiser-Wilhelm-Stiftung“, mit der Bitte, die Stiftung in städtische Verwaltung zu nehmen. Die Erträgnisse sollen zum vierten Theile alljährlich zum Geburtstage des Kaisers als Miethszinsbeihilfen an würdige und bedürftige Bewohner der Stadt, insbesondere der Friedrichstadt, vertheilt, die übrigen Zinsen aber zum Stiftungskapitale geschlagen werden, bis dieses die Höhe von 100,000 M. erreicht haben wird, von welchem Zeitpunkte an die gesammten Stiftungserträgnisse zu dem angegebenen Zwecke verwendet werden sollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870514020/fragment/page=0003

Vermischtes.

** [Der Verkauf der französischen Krondiamanten] hat am Donnerstag seinen Anfang genommen; zu demselben hatten sich gegen 250 inländische und ausländische Juweliere und zahlreiche andere Interessenten eingefunden.

** [Das Packetboot „Champagne"] ist nach einer Meldung aus Havre wieder flott geworden und dort zurückgekehrt.

— [Feuersbrünste.] Aus Laibach meldet man vom 11. d. mittags: Die ärarische Pulverfabrik in Stein steht in Flammen. Soeben wird die Laibacher Feuerwehr durch Kanonenschüsse zur erbetenen Hilfeleistung avisirt. — Aus Ungarn laufen noch immer Berichte über verheerende Brände ein. In Csik=Kosmas sind 400 Gebäude, von denen kein einziges versichert war, in Gyergyo=Ujfalu 250 Wirthschaftsgebäude abgebrannt; in Olah=Toplica wurde nebst vielen Gebäuden auch die Kirche eingeäschert. — Kaiser Franz Josef spendete für die Abgebrannten von Nagy=Karoly 6000 Gulden. — Die zwei größten Städte des russ. Gouvernements Minks, Sluzk und Bobrnisk (an der Beresina), sind, wie unterm 12. d. aus Warschau telegraphirt wird, von großen Feuersbrünsten theilweise vernichtet. Der Schaden ist sehr bedeutend.

— [Ehrenkränkung.] Man erzählt folgenden drolligen Vorfall, der eine Ehrenbeleidigungsklage zugrunde liegt, welche gegenwärtig das Gericht in A. (an der badisch=baierischen Grenze) beschäftigt. Ein Maurermeister hatte den Bau eines Hauses für Kaufmann W. L. übernommen und zu Ende geführt. Ganz zuletzt kam es zu einem Zwist zwischen beiden, weil angeblich das Dach schlechte Ziegel habe und der Maurer mußte das Dach mit anderen Ziegeln decken. Er hat dies auch ausgeführt. Doch zeigten nach dem Regen der vorigen Woche eine Anzahl der Ziegel sich heller und diese bilden auf dem Dache genau das Wort „Spitzbub". Der Eigenthümer fordert nun eine exemplarische Strafe des Dachdeckers und Entfernung der Ziegel, während der Maurer von nichts wissen will. Die Entscheidung steht noch aus.

— [Unglücksfall.] In Neureut (Baiern) standen am Montag 15 auf einem Bau beschäftigte Arbeiter auf einem Balken in bedeutender Höhe, da brach dieser infolge der auf ihm ruhenden Last plötzlich ab und sämmtliche Arbeiter stürzten herab. Alle 15 haben mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten.

— [Straßenbahn.] In New=Orleans sind kürzlich sehr befriedigendee Versuche mit einem durch Ammoniak getriebenen Straßenbahnwagen angestellt worden. Die Maschine selbst befindet sich unter dem Wagen und an der hinteren Seite des Behälters, welcher das Ammoniak enthält. Ohne Lärm, Dampf und Rauch fuhr der Wagen in gleichmäßiger ruhiger Bewegung dahin. Der Druck betrug während der Fahrt 110 bis 140 Pfd. auf den Quadratzoll. Die 3 Meilen betragende Strecke wurde in 10 Minuten zurückgelegt.

Das Färben der Kunstbutter und ein neuer Vorschlag die Kennzeichnung der Kunstbutter betreffend.

Eine berliner Kunstbutterfirma verbreitet folgenden neuen Vorschlag:

Zusatz einer unschädlichen Substanz in minimaler Menge, welche Farbe, Geschmack, sowie alle äußeren Eigenschaften und den Gebrauchswerth der Kunstbutter in keiner Weise verändert, aus derselben nicht entfernt und durch ein einfaches Mittel von jedermann rasch entdeckt werden kann, auch dann, wenn Naturbutter nur mit 1/10 so gekennzeichneter Kunstbutter vermischt ist. Als ein solcher Zusatz empfiehlt sich: 1 g Phenol=Phtaleïn zu 100 kg Kunstbutter.

Ein erbsengroßes Stück mit diesem Zusatze versehener Kunstbutter auf den Tellerrand mit 1 Tropfen gewöhnlicher Haushaltungs=Lauge, Soda= oder Pottaschelösung oder Salmiakgeist verrieben, giebt sofort eine intensiv hochroth gefärbte Masse.

Wenn diese fast in jeder Haushaltung vorhandenen Stoffe nicht zur Hand sein sollten, so genügt etwas Cigarrenasche. Man verreibt etwa gleiche Mengen befeuchteter Cigarrenasche und Kunstbutter (erbsengroß) und zerdrückt die Masse zwischen zusammengefaltetem weißen Fließpapier; auf dem Fließpapiere erscheint ein rother Fleck; 1—5 % Natron= oder Kalilauge oder Salmiakgeist geben die intensivste und längere Zeit beständige Rothfärbung. Jeder Marktaufseher kann Hunderte von solchen Prüfungen auf offenem Markte in wenigen Stunden ausführen und jeder Konsument ist in den Stand gesetzt, eine Fälschung sofort und in untrügerischer Weise zu erkennen.

Das vorgeschlagene Verfahren bezweckt also auch die Färbung der Kunstbutter und zwar eine intensive Hochrothfärbung; aber die Farbe ist nur sichtbar, wenn man sie zu sehen wünscht; in allen Stadien der Fabrikation, des Handels und unter den verschiedensten Verhältnissen des Verbrauches, erscheint die Farbe nie ungerufen, auch bei der Bereitung von Speisen nicht, denn es giebt keine stark alkalischen Speisen. Diese „latente" Hochrothfärbung der Kunstbutter kann von den Konsumenten und Naturbutter=Produzenten als ein vollkommen ausreichender Schutz, von den Kunstbutterfabrikanten aber als eine Maßregel acceptirt werden, welche sie in keiner Weise belästigt.

Das Phenol=Phtaleïn, von A. v. Bayer im Jahre 1871 entdeckt und durch Erhitzen von Phenol, Phtalsäure=Anhyrid und konzentrirter Schwefelsäure erhalten, stellt ein geschmack= und geruchloses, gelbes, krystallinisches Pulver dar, das in Wasser sehr schwer, in Alkohol leicht löslich ist. Es ist nicht nur absolut ungiftig, sondern auch ohne jede physiologische Wirkung, was durch einen Versuch mit einem 5 Wochen alten Ferkel speziell nachgewiesen wurde; letzteres verzehrte ohne jede Störung seines Wohlbefindens neben seinem gewöhnlichen Milchquantum pro Tag 6 g obiger Substanz, also eine Menge, die für 12 Centner Kunstbutter bestimmt ist.

Die Beimischung des Phenol=Phtaleïns zur Kunstbutter geschieht in der Weise, daß man je 100 l der für die Erzeugung der Kunstbutter nöthigen Milch, von welcher 10% in letzterer zurückbleiben, mit 10 g Phenol=Phtaleïn gelöst in 150 ccm Alkohol vermischt.

Fertige, nicht gekennzeichnete, z. B. aus dem Auslande importirte Kunstbutter, kann mit dem vorgeschlagenen Zusatz in der Weise versehen werden, daß dieselbe auf der Butterknetmaschine mit 10% Kunstbutter gemischt wird, welche per 100 kg 10 g Phenol=Phtaleïn enthält.

Die für 100 kg Kunstbutter nöthige Menge Phenol=Phtaleïn kostet 12 Pf.

Vorstehende Versuche wurden von dem Unterzeichneten auf Veranlassung des Generalcomites des landwirthschaftlichen Vereins in Bayern ausgeführt.

Dr Franz Soxhlet,
ord. Professor der k. technischen Hochschule in München
u. Vorstand d. k. landwirthsch. Centralversuchsstation.

*

Durch diese neue Entdeckung wären nach Ansicht der Kunstbutterfirma die hauptsächlichsten Gründe gehoben, welche zur Einbringung eines Kunstbuttergesetzes Veranlassung gegeben haben.

Das von der Reichstagskommission angestrebte Ziel der unbedingten Beseitigung von Täuschungen des Publikums beim Verkauf von Kunstbutter würde nunmehr vollkommenen erreicht werden, wenn dem ursprünglichen Regierungsgesetzentwurfe noch folgende drei Bestimmungen angefügt werden würden:

a) Jede Fabrik von Kunstbutter untersteht der staatlichen Ueberwachung.
b) Alle Kunstbutterfabriken müssen ihrem Fabrikate 1 g Phenol=Phtaleïn per 100 kg Kunstbutter zusetzen.
c) Zuwiderhandlungen gegen Vorschrift b) werden mit Geldstrafe von 500 M., im Wiederholungsfalle von 1000 M. und Untersagung des ferneren Gewerbebetriebes bestraft.

Waaren- und Produktenberichte.

Zucker.

Magdeburger Börse.

	11. Mai.		12. Mai.	
Granulated	—.—	M.	—.—	M.
Krystallzucker I.	—	„	—	„
Krystallzucker II.	—.—	„	—.—	„
Kornzucker 96%	21.50—21.80	„	21.50—21.75	„
Kornz.Rend. 88%	20.20—20.60	„	20.20—20.50	„
do. Rend. 75°	16.00—17.60	„	16.00—17.50	„

Tendenz am 12. Mai: Ruhig.

	11. Mai.		12. Mai.	
ffein Brodraffinade	27.—	M.	27.00	M.
fein Brodraffinade	—26.50	„	—26.50	„
Gem. Raffinade	26.00—26.50	„	26.00—26.50	„
Gem. Melis I.	25.50—25.75	„	25.50—25.75	„

Tendenz am 12. Mai: Ruhig.

Magdeburger Börse vom 12. Mai.
Rohzucker I. Produkt:
Transito f. a. B. Hamburg.

Mai 11.85—90—92½ bez., u. G., 11.95 Br.
Juni 12.00—02½ bez., u. Br., —.— G.
Juni=Juli —.— bez., u. Br., —.— G.
Juli 12 05—10 bez., 12.05 G., 12.07½ Br.
Juli=August —.— bez., 12.15 Br., —.— G.
August 12.15 bez., u. Br., —.— G.
Okt.=Nov. —.— Gd.
Okt.=Dez. 11.65 bez., —.— G., —.— Br.
Tendenz: Fest.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Paris, 12. Mai. (Telegr.) Rohzucker 88° ruhig, loco —.— à 28.50. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 kg. pr. Mai 32.75, per Juni 32.80, pr. Juli=Aug. 33.25, per Okt.=Jan. 33.00.

* London, 12. Mai. (Telegr.) 96% Javazucker 13⅝ ruhig, Rüben=Rohzucker 11⅞ fest. Centrifugal Cuba —.

* Antwerpen, 11. Mai. Rübenzucker. Sofort 27.75 Frcs., Juni=Juli 28.50 bis — — Frcs., Juli=August 29.00 Frcs., Oktober=Dezember 26.75 Francs.

* New=York, 11. Mai. (Telegr.) Zucker (Fair refining Muscovados) 4 7/16.

Kaffee.

* Hamburg, 12. Mai. Kaffee lebhaft, Umsatz 17,500 Sack.

* Havre, 12. Mai. Vorm. 8 Uhr 30 M. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Comp.) Kaffee. New=York schließt mit 50 Points Hausse. Rio 6000 B., Santos 12000 B. Recettes für gestern.

* Havre, 12. Mai. Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Comp.) Kaffee Good average Santos per Juni 100.00, per Juli 102,25, per Aug. 97.25, per Sept. 101,50, per Okt. 97.50, per Nov. 97.75, per Dez. 103.75. Ruhig.

* New=York, 11. Mai. (Telegr.) Kaffee (Fair Rio=) 18¼.

* Rio de Janeiro, 11. Mai. Kaffeezufuhr in Rio während der Woche 53,000, Rektifizirter Vorrath in Rio 180,000, Ausfuhr nach den Verein. Staaten 12,000, do. nach dem Kanal und nach der Elbe 2,000, do. nach dem übrigen Europa 17,000, wirklich verkauft seit dem letzten Telegramm 33,000 Sack. Preis von good first 78.0. Wechsel auf London 22⅞. Sehr fest.

Petroleum.

* Berlin, 12. Mai. (Amtl.) Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posten von 100 Ctr. — Termine geschäftsl. Gekündigt —.— Ctr. Kündigungspreis —.— M. Durchschnittspreis —.— M. Loco —.—, per diesen Monat —.—, per April=Mai —.—, per Mai=Juni —.—, per Juni=Juli —.—, per Juli=Aug. —.—, per Aug.=Sept. —.—, per Sept.=Okt. —.—.

* Stettin, 12. Mai. Loco 10,35.

* Bremen, 12. Mai. [Schlußbericht.] Standard white loco 5,95 Br. Flau.

* Hamburg, 12. Mai. Petroleum loco flau, Stand. white loco 6,00 Br., 5,90 Gd. pr. Aug.=Dez. 6,30 Gd.

* Antwerpen, 12. Mai. (Telegr.) [Schlußbericht.] Raffinirtes, Type weiß, loco 15 bez., 15 Br., pr. Juni 15 bez., 15 Br., pr. Aug. 15 bez. 15½ Br., pr. Sept.=Dez. 15¾, bez., 16 Br. Ruhig.

* New=York, 11. Mai. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New=York 6¾ Gd., do. in Philadelphia 6¾ Gd. Rohes Petroleum in New=York — D. 6 C., do. Pipe line Certificats — D. 64 C.

Spiritus.

* Berlin, 12. Mai. (Amtlich). Spiritus per 100 l à 100% = 10,000 l%. Term. höher, niedriger. Gek. 110,000 l. Kündigungspr. 41.3 M. Durchschnittspreis —.— M. Loco mit Faß — bez., ohne Faß 39.6 bez, per diesen Mon. 41.5 bis 41.4 bis 41.2 bis —.—, per Mai=Juni 41.4—41.5—41.2 bez., per Juni=Juli 41.5—41.8—41,3 bez., per Juli=Aug. 42.1—42.5 bis 42.0 bez., per Aug.=Sept. 43.1—43.3—42.8 bez., per Sept.=Okt. 43.8—43.9—43.5 bez., per Okt.=Nov. —. bis .— bis .— bez. — Spiritus per 100 l à 100%=10,000% loco ohne Faß 41.5—41.4 bez.

* Magdeburg, 12. Mai. Kartoffelspiritus für 10,000 l=% loco ohne Faß 41.70—42.00 M. Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Magdeburg, 12. Mai. (Hermann Walther.) Kartoffelspiritus fester. Loco ohne Faß 41.70—42.00 M. Ab Speicher unter freier Vorhaltung der Gebinde 42.75 Br.

* Posen, 12. Mai. Spiritus loco ohne Faß 40.20, per Mai 40.20, per Juni 40.80, per Juli 41.40, per Aug. 42.10, per Sept. 42.30. Gekünd. — — l. Fester.

* Stettin, 12. Mai. Spiritus ruhig, loco 40.60, per Mai 40.60, per Juni=Juli 41.00, per Aug.=Sept. 42.40.

* Breslau, 12. Mai. Spiritus per 100 l 100% per Mai=Juni 40.20, per Juli=Aug. 41,00, per Aug.=Sept. 42.00.

* Hamburg, 12. Mai. Spiritus matter, per Mai 24¾ Br., per Juli=Aug. 26 Br., per Sept.=Okt. 27¼ Br., per Nov.=Dez. 27¼ Br.

* Paris, 12. Mai, nachm. (Telegr.) Spiritus behauptet, per Mai 42.25, per Juni 42.25, per Juli=Aug. 42.25, per Sept.=Dez. 40.75.

* Paris, 12. Mai, abends. (Telegr.) Spiritus ruhig, per Mai 42.00, per Juni 42.00, per Juli=Aug. 42.00, per Sept.=Dez. 40.50.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* Berlin, 12. Mai. (Amtl.) Oelsaaten per 100 kg. Gek. —.—. Winterraps —.—, Sommerraps —.— M., Winterrübsen —.— M., Sommerrübsen —.— M. Rüböl per 100 kg mit Faß. Termine matter. Gek. 700 Ctr. Kündigungspreis 44.6. Durchschnittspreis —.—. Loco mit Faß —.—. Loco ohne Faß 42.8, per diesen Monat 44,7 bis 44.9, per April=Mai —.— bis —.0 bez., per Mai=Juni 44.6 bis 44.2 bez., per Juni=Juli —.— bis 43.8 bez. per Juli=Aug. —.—, per Aug.=Sept. —,—, per Sept.=Okt. 45.0 bis 44.7 bez. Leinöl per 100 kg — loco — M., Lieferung —.

* Stettin, 12. Mai. Rüböl unveränd, pr. April=Mai 44,50, per Sept.=Okt. 45.00.

* Köln, 12. Mai. (Telegr.) Rüböl loco 23,80, per Mai 23,60, pr. Okt. 23.90.

* Breslau, 12. Mai. Rüböl per April=Mai 44.50 M., per Mai=Juni —.— M.

* Hamburg, 12. Mai. Rüböl still, loco 41.

* Paris, 12. Mai. nachm. (Telegr.) Rüböl behauptet, per Mai 48,75, per Juni 49,25, per Juli=Aug. 50,00, per Sept.=Dez. 51,75.

* Paris, 12. Mai., abends. (Telegr.) Rüböl ruhig, per Mai 48,75, per Juni 49,25, per Juli=Aug. 50,00, per Sept.=Dez. 51,75.

* Pest, 12. Mai. (Telegr.) Kohlraps per Aug.=Sept. 11 à 11¼.

* New=York, 11. Mai. (Telegr.) Schmalz (Wilcox) 7,30, do. Fairbanks 7,35, do. Rohe & Brothers 7,30.

Hülsenfrüchte.

* Berlin, 11. Mai. (Pol.=Präs.) Erbsen, gelbe zum Kochen, 20—30 M., Speisebohnen, weiße, 24—40 M., Linsen 30—60 M. per 100 kg.

* Berlin, 12. Mai. (Amtl.) Mais per 1000 kg. Loco fest. Termine —.—. Gek. 200 Ctr. Kündigungspreis —.— M. Loco 108—117 M. nach Qual., per diesen Monat 109.0 nom., per Mai=Juni 109.0. Erbsen per 1000 kg, Kochwaare 150—200 M. Futterwaare 118—128 M. nach Qual.

* Nordhausen, 12. Mai. (Amtl.) Erbsen — —, Speisebohnen — —, Linsen — —.

* Wien, 12. Mai. (Telegr.) Mais per Mai=Juni 6,00 Gd., 6,05 Br., per Juli=Aug. 6,19 Gd., 6,24 Br.

* Pest, 12. Mai. (Telegr.) Mais per Mai=Juni 5,66 Gd., 5,68 Br., per Juli=Aug. 5 86 Gd., 5,88 Br.

* New=York, 11. Mai. (Telegr.) Mais (New) 49.

Butter. Eier. Fleisch.

* Berlin, 11. Mai. (Pol.=Präs.) Rindfleisch, von der Keule, 1,00—1,40 M., Bauchfleisch 0,80—1,20 M., Schweinefleisch 1,00—1,40 M., Kalbfleisch 1,00 bis 1,50 M., Hammelfleisch 0,80—1,30 M., Butter 1,80—2,80 M. per 1 kg. Eier, 60 Stück, 2,20—3.00 M.

* Berlin, 12. Mai. (Amtl.) Bericht der ständigen Deputation für den Eierhandel von Berlin. Normale Eier je nach Qualität von 2,05—2,20 M. pro Schock. Aussortirte, kleine Waare je nach Qualität von 1,70—1,75 M. pro Schock. — Behauptet.

* Nordhausen, 12. Mai. Rindfleisch 1,10—1,30 M., Schweinefleisch 1,10 bis 1,20 M., Kalbfleisch 0,80—0,90 M., Hammelfleisch 1,00—1,10 M., Speck (geräuch.) 1,40—1,60 M., Butter —,0—1,80 M., Eßbutter 2,00—2,20 M. per 1 kg. Eier, 2,40—2,60 M., Käse — 3,50 M. per 60 Stück.

* New=York, 11. Mai. (Telegr.) Speck 8½.

Berliner Börse vom 12. Mai.

Deutsche u. ausländische Fonds- u. Staatspapiere.

4% Deutsche Reichsanl.	106,10	G
3½% do. do.	98,75	bzG
4% Preuß. Konf. St.=Anl.	106,00	B
3½ do.	99,00	bzG
3½% Staats=Sch.=Sch.	99,90	G
Präm.=Anleihe 1855	154,25	bz
4% Ldsch. Centr.=Pfdbr.	102,00	bz
3½ do. do.	97,10	bzG
3% Ldschftl. Centr.=Pfdbr.	87,25	bz
4% Sächs. Rentenbr.	103,50	bz
3½ Goth. Pr.=Pfdbr. I. ab.	106,00	bzG
3½ do. do. II. ab.	103,50	bzG
3½ do. III. rzb. à 110 ab.	96,50	B
3½ do. IV. rzb. à 110 ab.	96,30	bzG
3½ do. V. do. ab.	91,90	bzG
5% Prß. Ctrb.=Pfdb. 110 rz.	115,10	G
4% do. 100 rz.	102,10	G
5% Pr. Hyp.=A.=B. VI. 100 rz.	110,60	G
4% do div. Ser. 100 rz.	101,50	G
4% Südd. Boden=Kredit	100,80	G
4% D. Hp.=B. Pfd. (Berlin)	101,70	G
4% do. (Meiningen)	101,50	bzG
5% Russ. Boden=Kredit	94,50	bzG
5% do. Centr.=Bd.=Pf.	85,00	bzG
6% New=York Stadt=Anl.	131,80	G
Oest. Papier=Rente	65,00	bzB
do. Silber=Rente	65,90	bz
4% Oest. Gold=Rente	90,00	bz
5% Ungar. Papier=Rente	70,25	bzB
4% Ung. Gold=Rente	81,00	B
Italienische Rente	97,25	bz
3½% Hallesche Stadt=Anl.	98,00	G
3½% Kopenh. Stadt=Anl.	95,60	bzG
4% Lissab. Stadt=Anl.	78,00	bz
Römische do.	99,30	G
5% Rumänier	102,00	B
5 „ Russ.=Engl. 1872	96,40	bz
5 „ Russ. Anl. 1877	—,—	
4 „ „ 1880	82,90	bz
5 „ „ 1884	96,30	bz
5 „ „ Orient=Anl. II.	55,50	bz
5 „ „ „ III.	56,40	B
6 „ Russ. Gold=Rente 1883	109,00	bz

In- und ausl. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Aachen=Mastricht	50,60	B
Berlin=Dresden	23,10	G
Buschtiehrader Lit. B.	88,00	bzG
Galiz. (Karl=Ludw.)	82,30	bzG
Gotthardbahn	106,60	bz
Kronpr. Rudolfbahn	74,20	bz
Mainz=Ludwigshafen	97,90	bzB
Marienburg=Mlawka	46,70	bz
Mecklenburg	136,90	bz
Nordh.=Erfurter	34,20	bz
Ostpreuß. Südbahn	62,20	bz
Russische Südwestbahn	59,00	bz
St.=Pr. Berlin=Dresden	56,20	G
St.=Pr. Marienb.=Mlawka	106,80	bzG
St.=Pr. Ostpr. Südbahn	105,00	bzB
St.=Pr. Saalbahn	102,50	bzG
St.=Pr. Weimar=Gera	86,75	bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.

Verschiedene 4% Prior. abgestempelt zum Bezug v. 3½ % Konsols	98,75	G
3½ Brg.=Märk. III.	99,00	bz
4 do. V.	102,60	B
4 do. VII.	102,70	B
4 do. VIII.	102,70	B
4 do. IX.	102,70	B
4 do. Nordbahn	102,50	G
4 Berlin=Anhalt C.	102,60	G
4½ Berlin=Dresden. gr.	101,70	G
4 Berlin=Hamb. III. kv.	102,50	G
4 Berlin=Stettin gar.	102,50	G
4½ Braunschw. Eisenb.	107,00	B
4 Brsl.=Schw.=Frb. H.	—,—	
4 Köln=Minden IV.	102,50	G
4 do. VI.	102,60	G
4 do. VII.	—,—	
4 Mgd.=Halberst. 1865	102,50	G
4 do. 1873	102,60	B
4 do. Leipzig A.	104,30	G
4 do. do. B.	102,70	G
4 do. Wittenberge	90,25	G
4 Mainz=Ludw. g. kv.	—,—	
4 do. 1878 konv.	102,75	bzG
3 do. 1874	102,75	bzG
4 Niederschl.=Märk. I.	102,75	B
3½ Oberschl. E gr.	—,—	
4 do. 4% Lit. H. gr.	102,50	G
4 do. Em. v. 73	—,—	
4½ do. do. = 79	105,25	bzG
4 do. do. = 80	—,—	

4 Rechte Oder=Ufer	102,50	G
4 Thüringer VI.	—,—	
4 Böhmische Nordb. Gold	101,50	bz
5 Dux=Bodenb. II.	84,40	bzB
5 do. III.	106,00	bz
4½ Gal. Karl=Ludw.	80,50	bzG
5 Kaschau=Oderberg	80,10	bzG
5 do. Gold	102,80	G
Kronprinz Rudolf 4% Prior.	73,30	bzG
do. Salzkg. Gold 4% do.	100,60	bzG
4 Lemb.=Czernow. st.=fr.	72,00	G
3 Oest. Frz. Stb. alte	397,25	B
3 do. 1874	—,—	
3 do. Ergänzung.	—,—	
4 do. Goldprior.	100,40	bz
3 do. v. 1885	380,00	bz
5 Oesterr. Nordwestb.	85,10	bzG
3 Südöst.=Bahn Lmb.	293,25	bz
5 do. Obl.	101,30	bz
5 Ungarische Nordostb.	78,25	bz
5 do. Gold	102,60	bzB
5 do. Ostbahn I. Em.	78,40	G
5 do. do. II. Em.	102,00	bzG
5 Charkow=Azow	98,40	bz
4½ Iwangor=Dombrow.	91,40	bz
5 Kozlow=Woronesch	98,90	bzB
5 Kursk=Kiew	101,60	bz
Mosco=Kursk 4% Prior.	83,00	bzG
4 Mosco=Rjäsan	95,75	bzB
5 do Smolensk	98,70	bz
4 Rjäsan=Kozlow	98,60	bzG
4 Russ. Nikolai=Oblg.	85,90	bz
5 Schuja=Iwanowo	98,75	G
4 Südwestbahn	83,00	bzG
5 Warschau=Wien IV.	101,75	bz
5 do V.	101,75	bz
3 Gr. Russ. Staatsb.=Obl.	—,—	
3 Transkaukasische Esb.=Obl	65,50	G

Bank- und Industrie-Aktien.

Aachen=Diskonto	112,50	bzB
Berliner Handels=Ges.	153,90	bz
Darmstädter Bank	137,90	bzG
Diskonto=Kommandit	194,25	bzG
Deutsche Bank	158,90	bz
do. Genossenschaftsbank	132,75	bzB
do. Hyp.=B. (Berlin) 60%	100,80	G
do. do. (Meiningen) 40%	95,75	B
Dresdener Bank	130,80	G
Leipziger Kredit=Anstalt	171,10	G
Magdeb. Privatbank	116,25	G
Mitteldeutsche Kred.=Bank	94,60	G
Oester. Kredit=Anstalt	452,00	bz
Reichsbank	135,60	bzG
Sächsische Bank	111,75	bzB
Schles. Bank=Verein	106,25	G
Weimarische Bank	64,75	bz
Admiralsgartenbad=Akt.	109,00	bzG
Tröllwitzer Papierfabrik	180,00	bzG
Dessauer Gas	180,00	bz
Eilenburg Kattun	68,00	G
Hallesche Maschinen	201,00	bz
Laurahütte	68,60	bz
Phönix=Bergwerk Lit. A.	63,00	bz
do. do. B.	18,00	B
Dortmunder Union St.=Pr	52,10	bzG
Bochumer Gußstahl	116,50	bz
Hörd. Hütt.=V. konv.	31,00	bzG
Glauziger Zucker	79,40	bzG
Körbisdorfer Zucker	93,50	bzG
Sächs.=Th. Br.=V. St.=A.	105,00	bzB
do. St.=Prior.	110,00	bzG
Sächs. Masch. (Hartmann)	115,25	G
do. Stickmaschinen	—,—	
Zeitzer Maschinen	225,10	G

Wechsel.

Amsterdam 100 fl. 8 T.	168,95	bz
Brüss.=Antw. 100 fl. 8 T.	80,60	bz
London 1 Lstrl. 9 T.	20,38	bz
Paris 100 fr. 8 T.	80,75	bz
Wien öst. W. 100 fl. 8 T.	160,30	bz
Petersb. 100 S.=R. 3 W.	179,60	bz

Bank-Diskonto.

Berlin Wechsel 3, Lombard 3½ u. 4. Amsterd. 2½. Brüssel 3. London 2. Paris 3. Petersburg 5. Wien 4.

Gold, Silber und Banknoten.

Sovereigns	20,31	bz
Engl. Banknoten	20,39	bz
20=Francs=Stücke	—,—	
Dollars	—,—	
Imperials	—,—	
Franz. Banknoten	80,75	bz
Oesterr. do.	160,40	bz
Russ. do.	180,30	bz

Leipziger Börse vom 12. Mai.

Zf. Kgl. Sächs.	M.	
3 Renten=Anl.	5000 / 3000	90,80 G
3 do.	1000	90,80 G
3 do.	500	91,25 bz
	Thlr.	
5% Staatsanl. 1855	100	96,75 G
4% do. 1847	500	101,30 G
4% do. 1870	100	103,80 bz
4 do. 67 ab 5%	500	103,80 G
3½ Landrentenbr.	500	99,50 bz

Zf. Kgl. Sächs.	Thlr.	
4 Mansf. Gw. 1882	500	102,25 bz
4½ do.		—,—
4½ do. 1879		103,25 B
5 do Em. 1875		103,25 G
4 Lpz. Stadtobl 1884		105,20 G
4½ do. 1876		105,30 G
3½ Altb. Landobl.		101,75 G
4 do. do.		104,50 G

Div.	Eisenb.-St.-Akt	
8.96	Altenburg=Zeitz	183,00 G
15	Aussig=Teplitz	272,50 B
5¾	Böhm. Westb. [5% g.	112,50 G
7,62	Buschtehrad. Lit. A.	123,75 bzB
4½	do. do. B.	87,50 bz
7½	Dux=Bodenbach	142,90 B
5¼	Frz.=Jos.=B. [5% g.	—,—
	Eisenb.-St.-P.-A.	
8	Altenburg=Zeitz	171,00 B
7½	Dux=Bodenb. Lit. A.	140,00 B
7½	do. do. B.	140,00 B
	Bank- u. Kred.-A.	
8½	Allg. D. Kr.=A. Lpz.	170,75 G
7	Dresdener Bank	130,75 G
2	Geraer Bank	84,00 G
5½	Lo. Hdls.= u. Krdtb.	99,00 G
5⅝	Gothaer Privatbank	116,50 B
5,80	Leipziger Bank	130,50 B
4 2/15	do. Kassen=Verein	102,50 bz
5½	do. Disk.=Gesellsch.	101,00 G
4 9/20	Sächs. Bank	113,25 bzG
0	Weimar. Bank, neue	64,60 G
7	Zwickauer	118,00 G
	Ind.-Akt., Pr. u. Stamm-Prior.	
½	Chemn. Werkz.=M.=Fbr. (Zimmerm.)	58,75 B
15	Cröllw. Papierfabr.	180,00 G
—	5% do. Schuldverschr	105,50 G
5	Dörstewitz=Rattm.	64,75 B
1	D. W. M. (Sonderm. u. Stier) Vorz.=A.	48,50 B
4½	Geraer Jutesp. u. W.	101,75 G
1½	Germania (Schw. u. Sohn)	64 B
5⅘	Hallesche Straßen=B.	124,50 G
2	Kette Elbs.=Ges.=Akt.	84,00 B

Div.		
3	Körbisd. Zuckerfabr.	96,00 B
3½	Leipz. Baubank	80,00 B
18	do. Kammgarnsp.	219,00 G
10	Lpz. Malzf. Schkeud.	206,00 B
0	Sächs. Kammgarnsp. (Solbrig)	116,00 G
5	Sächs. Masch.=Fabr. (Hartmann)	115,50 G
10	Sächs. Webstuhlfabr. (Schönherr)	172,10 bzG
8	Thür. Gasges. Lpz.	137,00 B
8	do. Stamm=Pr.	149,00 B
7	S.=Thür. Br.=B. St	106,00 G
7	do. St.=Prior.	114,00 B
6½	Ver. S. Thür. Parf. u. S.=Pr.=Akt. p. C.	65,00 B
6	Zeitzer Par. u. S. Akt.	65,00 G
—	do. do. Oblig.	104,00 G
5	Westeregeln, Part.=Oblig.	104,25 G
2	Zuckerfabrik Glauzig	79,00 B
0	Zuckerraffinerie Halle	103,00 bzG
%	**Ausl. Eis.-P.-Obl.**	
4	Aussig=Teplitzer	102,35 G
5	Böhm. Nordbahn	89,50 G
4	do. do. Gold	101,60 G
5	Buschtiehr. [B. Ndw.	85,50 bzG
5	do. Em. 1871	85,50 bzG
5	do. do. 1872	85,50 bzG
4½	do. Gold	105,50 G
5	Dux=Bodenbach	85,75 bz
5	do. Em. 1871	84,75 B
5	do. do. 1874	107,00 B
4½	Graz=Köflacher	80,00 G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	81,20 G
5	Kaschau=Oderberg	80,25 G
4	Prag=Dux Gold	100,00 bz
5	do. Gold	107,90 B
5	Prag=Turnau	89,50 G

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18870514020/fragment/page=0004